



GRÜNES FRIESLAND

Zeitschrift für die Grünen im Kreisverband Friesland

Ausgabe 13
Frühling 26



**Neues aus Hannover,
dem Landkreis und
Frieslands Orten**

Bockhorn • Jever • Sande • Schortens • Varel • Wangerland • Wangerooge • Zetel

Moin zusammen,

wir Grüne können also doch noch gewinnen! Fast vier Jahre haben wir „auf die Nase“ bekommen, aber jetzt, in diesem Superwahl-Jahr 2026, könnte sich die antigüne Stimmung endlich wieder drehen. Cem Özdemir hat in einer fulminanten Aufholjagd fast Unmögliches geschafft. Er startete in den Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg mit wirklich schlechten Vorzeichen. Die Grünen hatten dort zur Bundestagswahl 2025 gerade mal gut 13% erreicht - das schlechte Abschneiden der Grünen zog sich durch die ganze Republik. Die Menschen waren nicht mehr zugänglich für grüne Themen - für Klima, Umwelt und Gerechtigkeit. Die CDU hatte im „Ländle“ gute Ausgangsvoraussetzungen und die Grünen weit hinter sich gelassen. Noch im Herbst 2025 betrug der Abstand über 9%. Es gab viele, die nicht glaubten, was Cem Özdemir nun möglich gemacht hat. Dass die Grünen eine Wahl gewinnen können. Mit 30,2% liefen sie am 08.03. um 18 Uhr über die Ziellinie. Ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der CDU, das die Grünen BaWü für sich entscheiden konnten. Warum? Wie war das möglich? Wie konnten die Grünen dort so einen großen Rückstand einholen und am Ende sogar die Wahl für sich entscheiden?

Dieser große Erfolg in Baden-Württemberg trägt eine klare Handschrift: die des Spitzenkandidaten. Cem Özdemir hat dort einen Wahlkampf geführt, der nah bei den Menschen war – mit klarer Sprache, Bodenständigkeit und einem offenen Ohr für die Sorgen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Ohne großes Herumschwadronieren, sondern mit dem Willen, Verantwortung zu übernehmen und Probleme zu lösen. Genau das ist es aus meiner Sicht, was gute Politik ausmacht! Cem hört zu, krempelt die Ärmel hoch und packt an. Er ist ein Macher und er hat gezeigt, dass grüne Politik dann Mehrheiten gewinnt, wenn sie wirtschaftliche Stärke, Arbeitsplätze und Klimaschutz zusammenbringt. Wenn sie den Mittelstand, der nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in Niedersachsen und Friesland eine große Rolle spielt, ernst nimmt. Wenn sie neugierig in die Zukunft schaut und den Mut hat, pragmatische Lösungen anzubieten. Diese Realpolitik kommt bei den Menschen an – und zwar gewinnend.

Der Erfolg steht auch in der Tradition eines grünen Regierungsstils, der in Baden-Württemberg über Jahre gewachsen ist und von Winfried Kretschmann geprägt wurde: nicht ideologisch, sondern lösungsorientiert und nah an den Lebensrealitäten der Menschen. Herausragend ist, dass die Grünen in Baden-Württemberg gegen den Bundestrend mit 30,2% - mehr als doppelt so viel wie bei der Bundestagswahl - deutlich zugelegt haben, während alle anderen Parteien schlechter abschnitten. Das zeigt mir eindrucksvoll, dass man es auch schaffen kann, sich gegen einen vermeintlichen Trend zu stemmen und das Unmögliche möglich zu machen. Auch die geschlossene Unterstützung der Grünen in Baden-Württemberg für ihren Spitzenkandidaten war und ist bemerkenswert. Diese Geschlossenheit und die Freiheit, authentisch aufzutreten, haben diesen engagierten und starken Wahlkampf möglich gemacht. Denn die Menschen haben gespürt, hier geht was. Hier soll was passieren. Hier ist Aufbruch angesagt. Dass nun einige politische Gegner, auch parteiintern, versuchen, diesen Erfolg kleinzureden oder mit

nachträglichen Debatten zu relativieren, wirkt für mich eher wie die Reaktion schlechter Verlierer. Wer Wahlen gewinnt, verdient Respekt! Gerade weil der Wahlkampf von Cem Özdemir sachlich geführt wurde – ohne persönliche Angriffe und mit großem Respekt gegenüber den politischen Mitbewerbern.

Ein starkes Signal war für mich auch die Zusammenarbeit mit Boris Palmer im Wahlkampf. Er war ja auch schon mein Gast im Podcast „Politik aufs Ohr“ und wir konnten erleben, wie erfolgreich seine Arbeit als Oberbürgermeister in Tübingen ist. Die beiden, also Cem und Boris, haben gezeigt, dass pragmatische Politik, offene Debatten und unterschiedliche Perspektiven eine Partei stärker machen. Und damit auch attraktiver für die Wählerinnen und Wähler. Politik gewinnt meiner Meinung nach an Glaubwürdigkeit, wenn sie Menschen mit Erfahrung, klaren Positionen und praktischer kommunalpolitischer Kompetenz einbindet. So ein Mensch ist Boris, der durch seine Aktivitäten auch klar gemacht hat, wie wichtig eine offene Diskussionskultur ist. Eine starke Partei braucht auch Querköpfe, neue Ideen und Menschen, die Dinge anders denken. Genau diese Offenheit macht politische Bewegungen lebendig und anschlussfähig. Und wir Grünen sind eine Bewegungs-Partei mit klarem Profil. Der Erfolg von Cem Özdemir zeigt mir eindrucksvoll: Wenn grüne Politik pragmatisch, zugewandt und verantwortungsvoll auftritt, gewinnt sie Vertrauen weit über die eigene Partei hinaus. Der Erfolg bestätigt auch, was viele Menschen längst spüren: Realpolitik wirkt! Denn sie verbindet ökologische Verantwortung mit wirtschaftlicher Stärke, gesellschaftlichen Zusammenhalt mit klaren Regeln und Fortschritt mit Pragmatismus. Ich konnte Cem schon das eine oder andere Mal live erleben und ich bin stolz, dass er ein Grüner ist! Und ich bin überzeugt: Wenn grüne Politik in ganz Deutschland den Mut hat, diesen Kurs weiterzugehen, kann sie weit über Baden-Württemberg hinaus Vertrauen gewinnen!

Dieses Vertrauen brauchen wir im Superwahl-Jahr mit gleich 5 Landtagswahlen und einigen Kommunalwahlen - darunter wir in Niedersachsen am 13. September. Wir Grünen haben Friesland, haben die einzelnen Städte und Gemeinden weiterentwickelt, haben sie gestaltet und genau das wollen wir fortsetzen. Deshalb freue ich mich auf dieses aufregende Jahr, wo die Themen von Bund, Land und den Kommunen miteinander verschmelzen, wo wir zukunftsfähige Konzepte für unsere Orte entwickeln und wo wir die Wählerinnen und Wähler wieder direkt überzeugen können: dass ihr Kreuz bei den Grünen in Friesland und in Frieslands Orten an der richtigen Stelle ist! Viel Freude, Spaß, spannende Gespräche und tolle Begegnungen wünsche ich uns allen im Wahlkampf und freue mich, wenn wir das Vertrauen der Menschen in unsere Politik für weitere 5 Jahre bekommen!



Alles Gute, Eure Sina

Grüner Neujahrsempfang in Jever: Kommunalwahljahr und Energiewende im Fokus

Volles Haus bei sehr winterliche Kulisse: Beim Grünen Neujahrsempfang am Sonntagabend, 11. Januar 2026, kamen Mitglieder, Unterstützerinnen und Gäste des Kreisverbands Friesland von Bündnis 90/Die Grünen in Jever zusammen, um gemeinsam ins neue Jahr zu starten – mit Grußworten, einer Festrede und Raum für den einen oder anderen Klönschnack.

Die Kreisvorsitzenden Dr. Jutta Helmerichs und Cornelius Geertsema eröffneten den Abend und hießen die Anwesenden herzlich willkommen. Der Empfang bot nicht nur Gelegenheit zum Austausch, sondern schaffte für alle einen Rahmen im so wichtigen Kommunalwahljahr: Es geht darum, Verantwortung zu übernehmen und Zukunft aktiv zu gestalten.

Eigentlich sollte der Bundestagsabgeordnete Dr. Alaa Alhamwi persönlich ein Grußwort sprechen. Doch starker Schneefall und eisige Temperaturen zwangen ihn zur vorzeitigen Rückreise nach Berlin. Sein Gruß erreichte den Saal dennoch – verlesen von seiner Mitarbeiterin Wenke Oltmanns. In klaren Worten rief Alaa Alhamwi dazu auf, die Demokratie entschlossen zu verteidigen. Demokratie sei kein Selbstläufer, sondern brauche Schutz und Haltung. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, ein AfD-Verbotsverfahren ernsthaft anzustoßen und damit die wehrhafte Demokratie zu stärken.

Ein bewusst kurzes, aber pointiertes Grußwort hielt die Jeverische Landtagsabgeordnete Sina Beckmann. Statt Rück- oder Ausblick hatte sie die aktuelle Ausgabe ihrer Zeitschrift „Grünes Friesland“ dabei. Hier sowie auf ihrer Homepage können alle Interessierten ihre Tätigkeiten im Landtag und im Wahlkreis jederzeit nachvollziehen. Besonders hob

sie hervor, dass die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift die grüne Arbeit im gesamten Landkreis sichtbar macht – alle Engagierten aus den acht Städten und Gemeinden erhalten dort Raum, ihre Anträge und natürlich politische Erfolge zu präsentieren. Sina Beckmann nutzte den Moment für einen klaren Appell: Mit Blick auf die Kommunalwahl am 13. September 2026 rief sie dazu auf, sich einzubringen – als Kandidierende oder Unterstützende im Wahlkampf. Politik müsse pragmatisch, offen und zugewandt bleiben, sagte sie, und das Verbindende stärker machen als das Trennende.

Der Höhepunkt des Abends folgte mit der Festrede von Sven Giegold, Mitglied im grünen Bundesvorstand und ehemaliger Europaabgeordneter. Unter dem Titel „Energiewende: Umsetzen statt abwürgen!“ machte er deutlich, dass die Energiewende längst kein abstraktes Zukunftsprojekt mehr ist, sondern eine zentrale Voraussetzung für Wohlstand, Sicherheit und soziale Stabilität in Deutschland. Sven Giegold würdigte die Verdienste von Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck und betonte, wie entscheidend dessen Arbeit für das Vorankommen der Energiewende gewesen sei. Erneuerbare Energien, so Sven Giegold, seien Friedensenergien: Sie machten unabhängig von fossilen Importen, stärkten demokratische Strukturen und hätten zugleich eine soziale Dimension, weil sie langfristig bezahlbare Energie für alle ermöglichen.

Mit diesen starken Inputs, einem abwechslungsreichen Buffet und jeder Menge guter Gespräche geht es für die Grünen in Friesland nun gestärkt in das Jahr 2026 und in den so wichtigen Kommunalwahlkampf.



Parlament plant vielfältige Investitionen und Tablets für alle Siebtklässler*innen

Das Dezemberplenum 2025 stand ganz im Zeichen des lieben Geldes. Denn das Parlament hat nach langen, ausführlichen Debatten den **Haushalt 2026** verabschiedet. Er hat ein Gesamtvolumen von fast 48 Milliarden Euro. Rot-Grün setzt dabei klare Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Klimaschutz und Gesundheit. Mit einer Investitionsquote von 8,9 Prozent erreicht Niedersachsen eine der höchsten Quoten seit Jahrzehnten. 14,5 Milliarden Euro stehen allein für Zukunftsinvestitionen bereit.

„Um die Kommunen zu stärken, legen wir als grün-rote Landesregierung ein weiteres Investitionsprogramm auf und stellen hierfür in den kommenden Jahren insgesamt 600 Millionen Euro zur Verfügung, 200 Millionen davon bereits 2026“, erläuterte Fraktionsvorsitzende Anne Kura. An den Kosten für Kita-Personal beteiligt sich das Land mit zusätzlichen 250 Millionen Euro, 1.350 neue Lehrkraftstellen werden finanziert. Digitale Infrastruktur und Mobilität sind genau wie der Hochwasser- und Klimaschutz weitere Schwerpunkte im Landeshaushalt.

Anne Kura fasste zusammen: „Wir haben einen zukunftsgerichteten Haushalt beschlossen und politischen Mut gezeigt. Dieser Haushalt ist ein doppeltes Signal: der Verlässlichkeit und des Aufbruchs.“

Neues Wassergesetz

Neben finanziellen Fragen ging es bei diesem viertägigen Ritt durch Landesangelegenheiten auch darum, Gesetzesänderungen auf den Weg zu bringen. Umweltminister Christian Meyer verdeutlichte, dass Trockenheit, Starkregen und Hochwasser in den kommenden Jahren aufgrund des Klimawandels weiter zunehmen werden. Hier gelte es mit den Änderungen im **Wassergesetz** gegenzusteuern. So werden Verfahren zum Hochwasserschutz beschleunigt und erhalten Vorrang vor anderen Belangen. Gleichzeitig werden Verfahren verschlankt und ein Hochwasserschutzregister aufgestellt. Von der neuen Regelung, dass Wassergebühren zukünftig nach dem Verbrauch gestaltet werden können, profitieren die meisten Bürgerinnen und Bürger ebenfalls direkt.

In der **Aktuellen Stunde** der Grünen-Fraktion lag der Schwerpunkt auf der Ausbildung und Finanzierung der sogenannten überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU). Lena Nzume nannte die-

se die „verlängerte Werkbank der Ausbildung“. Denn nicht alle Betriebe können ihren Auszubildenden alle Techniken ihres Handwerks nahebringen. Damit dennoch alle Auszubildenden für ihre Prüfungen einen ähnlichen Wissensstand haben, wird dieses im schulischen Teil der dualen Ausbildung vermittelt. Und gerade diesen stärkt Niedersachsen ab 2027 durch eine reine Landesfinanzierung. Bisher wurden verschiedene Mittel aus Land, Bund und dem Sozialfonds der EU hierfür aufgewendet, was zu hohen bürokratischen Hürden und einer schwierigen Gemengelage führte. Nun könnten die Bildungsträger ihre Energie in die Qualität der Ausbildung stecken und müssten sie nicht für Formulare aufwenden.



Sorge um fehlende Kennzeichnung

Sorgen bereitet der Grünen-Fraktion die Trilog-Einigung in der EU zur neuen **Gentechnik**. Denn sollte das EU-Parlament diesem Vorschlag folgen, erfolgt hier eine Deregulierung, gegen die die Grünen sich klar positionieren. Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte warnte im Rahmen der dringlichen Anfrage im Parlament vor der Übertragung des Genmaterials auf Wildpflanzen, der im Raum stehenden Patente und Lizenzierungen von Leben sowie vor einer Strategie, gegen den Willen der Verbraucher*innen genmanipulierte Lebensmittel auf dem Markt zu etablieren. Sollte es zu dieser Deregulierung durch fehlende Kennzeichnung von Genprodukten im Handel kommen, wäre dies laut Miriam Staudte „ein Dammbruch des europäischen Vorsorgeprinzips“. So würde der Verbraucherschutz untergraben, fürchtete auch mein Kollege Christian Schroeder. Ein Vertrauen in die neue Technologie könne nur durch Transparenz geschaffen werden.

Bildung und Mobilfunk

Lange diskutiert wurde zudem die zukünftige **Ausgestaltung der gymnasialen Oberstufe**. Hier zeigte Kultusministerin Julia Willie Hamburg, wo die Lan-

desregierung auf dem langen Weg der Beteiligten steht. Denn die Änderung wird auf breite Füße gestellt, sodass Lehrerverbände, Schülervertretungen und Fachgruppen gleichermaßen gehört wurden. Die politische Debatte über die Ausgestaltung erfolgt erst noch im kommenden Jahr. Dennoch konnte die Ministerin mit einigen kursierenden Gerüchten aufräumen: Die Schülerinnen und Schüler bekommen mehr Wahlmöglichkeiten und somit die gewünschten Freiheiten, ohne dass die Qualität des Abiturs darunter leide.

Die hiesige Abgeordnete Sina Beckmann trat am Montag ans Rednerpult, denn die AfD hatte einen nichtssagenden Antrag zum Thema **Mobilfunkver-**

sorgung und Roaming gestellt. Dabei machte die Jeveranerin es kurz: Denn erstens werde in dieser Richtung schon viel auf den Weg gebracht, zweitens liege die Zuständigkeit bei der Bundesnetzagentur.

Zwei Anträge zur Beratung

Mit dem beschlossenen Haushalt endete das politische Jahr für das Parlament jedoch nicht. Stattdessen hat die rot-grüne Landesregierung zwei Anträge eingebracht, die in den kommenden Wochen und Monaten in den Ausschüssen diskutiert werden.

In dem einen geht es um gleiche Chancen für alle Schülerinnen und Schüler beim digitalen Lernen. Deshalb werde das Parlament **kostenfreie Tablets** für alle im Jahrgang 7 auf den Weg bringen (Drs. 19/9252).

Der andere Antrag widmete sich der Arbeit des **Verfassungsschutzes** (Drs. 19/9255). So soll die freiheitliche demokratische Grundordnung im Bund weiterentwickelt werden. Rot-Grün stößt eine entsprechende Bundesratsinitiative an.

„Das Jahr 2025 war parlamentarisch von vielfältigen Debatten geprägt. Ob beim Thema Mobilität, Hochwasserschutz, Sportstättenanierung, Gesundheit oder Digitalisierung – wir sind große Schritte vorangekommen, bauen Bürokratie systematisch ab und verschlanken Verfahren. Diesen eingeschlagenen Weg werden wir auch in den kommenden zwei Jahren der Legislaturperiode fortsetzen“, so Sina Beckmann resümierend.



Sinas Rede zum Mobilfunkantrag der AfD



Tradition von Sina Beckmann

Premiere bei der „Langen Leitung“ – und längst nicht mehr die einzige Frau beim Püttbier

Wenn in Jever vom Püttbier die Rede ist, geht es vordergründig um Geselligkeit – tatsächlich aber um eine der ältesten Formen nachbarschaftlicher Selbstorganisation der Stadt: Wasser. Und genau deshalb sind die Bilder aus der Nacht zum 12. Januar 2026 so bemerkenswert: Sina Beckmann nahm am Püttbierfest in der Püttacht „Lange Leitung“ teil – einer Gemeinschaft, die traditionell als Männerdomäne gilt. Beckmann war als amtierende Rumormeisterin (Ernennung Oktober 2025 für ein Jahr) dabei, eingeladen vom bis zu diesem Tag amtierenden Püttmeister Mirko Albrecht, zugleich Braumeister der Brauerei Jever.

Püttbier: Es klingt nach Bier – aber es ist ein Fest des sauberen Trinkwassers. „Pütt“ ist plattdeutsch für Brunnen. Das Püttbierfest geht zurück auf die Jeverische Brunnenordnung von 1756, die bis ins Detail regelte, wie die öffentlichen Trinkwasserbrunnen zu pflegen, instand zu halten und zu finanzieren sind. Zu jedem Brunnen gehört eine Püttacht – historisch ein abgegrenzter Nachbarschaftsbezirk, der „seinen“ Brunnen finanziert, pflegt und verwaltet. Einmal im Jahr, am Montag nach Heilige Drei Könige, kommen die Mitglieder zusammen: Es gibt Rechnungslegung, die Wahl der neuen Leitung – und anschließend den festlichen Teil. Heute hat das Ganze keinen Versorgungszweck mehr – die Leitungen liefern längst, der OOWV als Wasserverband ist zuständig. Geblieben ist ein Brauch, der Jever über Generationen zusammenhält: Tradition, Identität, Nachbarschaft.

Heute existieren in Jever mehr als 30 Püttachten – auch in jüngeren Wohngebieten. Der praktische Nutzen der Brunnen ist verschwunden, geblieben ist das Ritual. Und so läuft ein Püttbierabend ab, der bis heute festen Regeln folgt:

1. Der formelle Teil: Der Püttmeister legt Rechen-schaft ab – früher ging es um Brunnenkasse, Reparaturen, Regeln und Protokolle im Püttbuch.
2. Die Wahl: Anschließend wird der neue Püttmeister gewählt.
3. Die Insignien: Der neue Amtsinhaber wird traditionell mit Symbolen eingesetzt – überliefert sind Zylinder, Amtskette und der „Söker“ (ein hakenähnliches Werkzeug zum Reinigen der Pütt, das zugleich Amtszeichen ist).
4. Der festliche Teil: Essen, Trinken, oft eigene Püttlieder (seit dem 19. Jahrhundert mit deutlich größerem Aufwand gepflegt).

Die Nacht gehört der Stadt: In Jever endet Püttbier vielerorts nicht am Tisch: Die Püttachten ziehen singend durch die Altstadt, teils mit Fackeln und Lichtern, begleitet von Musik zu „ihrem“ festlich geschmückten Brunnen

Lange galten Püttachten als klassische Männergemeinschaften – und einzelne sind es bis heute. Gleichzeitig hat sich das Bild in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt: In Jever gibt es gemischte

Püttachten, und es werden auch Frauen zur Püttmeisterin gewählt. Beispiele dafür finden sich unter anderem in der Drostenspütt oder in der Melkenklampspütt. Frauen sind also längst Teil des Püttbier-Kosmos – wenn auch nicht in jeder Püttacht. Aber gerade weil es inzwischen Püttachten gibt, in denen Frauen ganz selbstverständlich mitmachen – und sogar die Leitung übernehmen – wirkt der Schritt in eine traditionell männlich besetzte Püttacht wie ein Brennglas: Er zeigt, wie lebendig der Brauch ist. Nicht, weil er unverändert bleibt, sondern weil er weitergegeben wird, während sich Rollenbilder verschieben. Und so war Sina Beckmann dann auch ein besonderer aber gern gesehener Gast an diesem Abend.





Startups von Sina Beckmann

„Der Landtag in Lüneburg“ – Gründen in Lüneburg im Fokus

Am 13. Januar 2026 war ich zu Gast bei meinem Landtagskollegen Pascal Mennen in Lüneburg, im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe „Der Landtag in Lüneburg“. Thema des Abends im Innomania war „Gründen in Lüneburg – Wie geht es unserer Startup-Szene?“.

Pascal Mennen ist, wie ich, seit 2022 Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag für den Wahlkreis Lüneburg und Sprecher unserer Fraktion unter anderem für Schulpolitik, frühkindliche Bildung, Religionsgemeinschaften und Antisemitismus. Außerdem ist er Vorsitzender des Kultusausschusses und Beisitzer im grünen erweiterten Fraktionsvorstand. Seine politische Arbeit zeichnet sich durch einen klaren Fokus auf kommunale Vernetzung und Zugänge zu Bildung und Beteiligung aus – ein Zusammenhang, in dem auch wirtschaftliche Entwicklung zunehmend wichtig wird. Pascal moderierte an diesem Abend den Austausch mit Gründungsinteressierten, Unternehmerinnen und Unterstützer aus der Region. Im Zentrum stand die Frage, wie Startups in Lüneburg aufwachsen, welche Unterstützungsstrukturen bereits bestehen und wo das Land noch gezielter unterstützen kann. Deshalb hatte Pascal mich eingeladen.

Mein Podiumspartner an diesem Abend war Mark Baron, Gründer und Geschäftsführer der Poliscopes GmbH aus Lüneburg. Poliscopes entwickelt eine digitale Plattform, die politische und planungsrechtliche Daten automatisiert sammelt und strukturiert zugänglich macht – ein Software-Tool, das speziell die Recherche und Analyse von Beschlüssen in Rats- und Planungsinformationssystemen erleichtert. Mark hat sehr konkret davon berichtet, wie aus einer eigenen Herausforderung im Gründungsprozess ein digitales Produkt geworden ist, und wie sich sein Unternehmen seither in einem wachsenden regionalen Startup-Ökosystem behauptet. Lüneburg hat in den letzten Jahren spürbar an Bedeutung als Gründungsstandort gewonnen. Laut dem Niedersachsen Startup Monitor 2025 gehört der Landkreis Lüneburg zu den Regionen mit einer der höchsten Startup-Dichten in Niedersachsen; die Zahl der Gründungen pro Kopf ist in Lüneburg im Vergleich zum Vorjahr um rund 34 % gestiegen, und die Stadt liegt mit 18 Gründungen pro Kopf inzwischen vor größeren Städten wie Bremen – das ist ein toller Erfolg! Unterstützende Angebote wie der Accelerator „Elevator“ am Innovations- und Gründungszentrum e.novum, Netzwerkformate wie das Startup Meetup mehrmals im Jahr sowie Bera-

tungs- und Matchingprogramme der Wirtschaftsförderung Lüneburg schaffen die gute Grundlage für diese starke Entwicklung.

Am Abend haben wir konkrete Erfahrungen aus Gründungsprozessen gehört, aber auch darüber gesprochen, welche Hürden noch bestehen – etwa Zugang zu Kapital, Sichtbarkeit im Markt oder der Übergang aus der Vorgründungsphase in nachhaltiges Wachstum. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer brachten eigene Projekte und Fragen ein, so dass der Dialog über unsere Podiumsdiskussion hinaus ging. Das war ganz wunderbar, denn ich mag den direkten Austausch mit den Menschen. Für mich als Sprecherin für Startups und Innovationen im Niedersächsischen Landtag war dieser Abend wichtig: Er zeigte, dass Startup-Förderung nicht nur ein Thema für die großen Städte wie Hannover oder Osnabrück ist, sondern auch in mittelgroßen Städten wie Lüneburg funktioniert – mit greifbaren Ergebnissen und wachsender Dynamik. Diese Eindrücke lasse ich in meine politische Arbeit einfließen, damit Gründungswillige in ganz Niedersachsen möglichst gute Rahmenbedingungen vorfinden.

„Wattenmeer, Wirtschaft, Weidehaltung und Wahlkampf“ – Ein Gespräch mit Martin Hahn

In einer aktuellen Folge des Podcasts „Politik aufs Ohr“ beleuchtet Moderatorin Sina Beckmann gemeinsam mit dem grünen Landespolitiker Martin Hahn zentrale politische Fragen unserer Zeit: Was bedeutet mehr Tierschutz konkret für die Landwirtschaft? Wie lassen sich Naturschutz und Wirtschaftspolitik vereinbaren? Und wie erlebt ein Politiker den Wahlkampf, wenn ein Bundesland vor tiefgreifenden Entscheidungen steht? Denn der langjährige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, kandidiert nicht noch mal. Cem Özdemir soll sein Nachfolger werden und Martin Hahn berichtet vom spannenden Wahlkampf in „The Länd“. Die Folge mit dem Titel „Wattenmeer, Wirtschaft, Weidehaltung und Wahlkampf mit Martin Hahn“ ist auf allen gängigen Podcast-Plattformen verfügbar.

Ein Aufhänger des Gesprächs war das neue Anbindeverbot für Rinder in Niedersachsen. Als erstes Bundesland hat Niedersachsen jetzt einen Erlass beschlossen, der die traditionelle Anbindehaltung von Rindern grundsätzlich untersagt. Betriebe, die ihre Tiere dauerhaft angebunden halten, sollen innerhalb von 18 Monaten umstellen oder die Tierhaltung aufgeben; kombinierte oder saisonale Anbindehaltung muss innerhalb von drei bis sieben Jahren enden. Damit setzt Niedersachsen ein deutliches Zeichen für mehr Tierwohl. Die Begründung des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums und der Agrarministerin Miriam Staudte ist klar: „Das Leid der Rinder, die in Anbindehaltung gehalten werden, muss endlich beendet werden.“ In der Anbindehaltung sind Rinder durch Ketten oder Haltevorrichtungen so fixiert, dass ihnen Bewegungsfreiheit, soziale Kontakte und artgemäßes Verhalten stark verwehrt bleiben.

Im Podcast vertieft Martin Hahn diese Debatte: „Wenn Politik fordert, dass Tiere artgerecht gehalten werden, dann müssen wir gleichzeitig Wege aufzeigen, wie bäuerliche Betriebe diesen Wandel stemmen können – mit Planungssicherheit und Perspektiven für die Höfe.“

Dieser Satz trifft einen zentralen Nerv: Sowohl mehr Tierwohl als auch wirtschaftliche Stabilität für landwirtschaftliche Betriebe sind nötig, um echte, langfristige Veränderung zu erreichen.

Moderatorin Sina Beckmann ergänzt: „Wir brauchen pragmatische Lösungen, denn die De-

batte zeigt ja auch ein Grundproblem: Wollen wir Tierschutz ernsthaft verbessern – und ich möchte das, denn es ist der Grund, warum ich seit 10 Jahren vegetarisch lebe – müssen wir über Strukturveränderungen reden, nicht nur über Verbote.“

Ein weiterer Fokus war der 40. Geburtstag des Nationalparks Wattenmeer, der seit Jahrzehnten ein Beispiel dafür ist, wie Naturschutz und wirtschaftliche Nutzung – wie Tourismus, Küstenschutz und Fischerei – zusammen gedacht werden können. Die Diskussion drehte sich um die Frage, wie solche Schutzgebiete regional verankert werden und wel-

geln hört, den Wind auf der Haut spürt und auf einer entfernten Sandbank Seehunde sieht – da gibt es fast nichts Schöneres zu erleben! Das gilt es weiterhin zu schützen.“

Schließlich ging es im Podcast noch um den Wahlkampf in Baden-Württemberg, 2026 – ein Landtagswahlkampf, der bundesweit Aufmerksamkeit erregt. Nach dem Rückzug von Winfried Kretschmann als Ministerpräsident tritt Cem Özdemir als Spitzenkandidat der Grünen an. Martin Hahn beschrieb die besondere Dynamik des Wahlkampfs, in dem ökologische, soziale und wirtschaftliche Themen eng miteinander verwoben sind.

Er sagte: „Wahlkampf heißt, den Menschen zuzuhören, ihre Sorgen ernst zu nehmen und gleichzeitig eine positive, nachhaltige Vision für die Zukunft zu formulieren. Das mache ich gerade in jeder freien Minute.“

Seine Einschätzung: „Es geht nicht um Ideologie, sondern um Lösungen – und wir müssen diese glaubwürdig vermitteln.“

Der Podcast „Politik aufs Ohr“ zeigt ein Mal mehr: Politik ist die Kunst der Balance zwischen Prinzipien und Praxis. Themen wie zum Beispiel Tierwohl, Naturschutz und Umweltschutz sind eng verflochten – und sie wirken weit über die Landesgrenzen hinaus. Gerade für eine Region wie Friesland, am Nationalpark Wattenmeer und im UNESCO-Weltnaturerbe gelegen, die zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus steht, bieten die im Podcast diskutierten Überlegungen gute Möglichkeiten, wie lokale Herausforderungen mit politischer Gestaltungskraft und gesellschaftlicher Akzeptanz verknüpft werden können. Und das wird gerade auch im Kommunalwahljahr 2026 ganz besonders wichtig.



chen Beitrag sie zur nachhaltigen Regionalentwicklung leisten.

Dabei betonte Martin Hahn: „Der Schutz der Natur ist kein Luxus für wenige, er ist eine Grundlage für stabile Lebens- und Wirtschaftsbedingungen – überall in Deutschland. Also bei mir im Nationalpark Schwarzwald ebenso wie bei Dir im Nationalpark Wattenmeer.“

Und Sina Beckmann teilt ihre Wahrnehmung: „Natur Natur sein lassen, das ist das Motto unseres Nationalparks und das klappt auch ziemlich gut in der Umsetzung. Die Schutzräume konnten immer weiter vergrößert werden und wir schaffen es, mit allen Akteurinnen und Akteuren gemeinsame Lösungen zu finden. Und mal ehrlich, wenn man mit nackten Füßen im Watt steht, das Wasser gur-



Webseite Politik aufs Ohr



Link zur Folge mit Martin Hahn

Schortens im Wandel – Mit GRÜN Zukunft gestalten

Kommunale Handlungsfähigkeit zwischen Konsolidierung, Investitionen und strukturellen Grenzen

Schortens steht zu Beginn des Jahres 2026 an einem Punkt, der in der kommunalen Realität keineswegs selbstverständlich ist: Die Stadt ist wieder politisch handlungsfähig. Nach Jahren struktureller Defizite, aufgeschobener Entscheidungen und eines erheblichen Investitionsstaus gelingt es, Gestaltungsspielräume zurückzugewinnen. Diese Entwicklung ist weder zufällig noch rein konjunkturell bedingt, sondern Ergebnis bewusster politischer Prioritätensetzung und einer klaren Abkehr von jahrelanger Mangelverwaltung.

Finanzielle Konsolidierung als Grundlage kommunaler Gestaltung

Zentrales Fundament dieser Entwicklung ist die finanzielle Konsolidierung. Noch im Jahr 2022 stand Schortens vor einem strukturellen Defizit von rund 2,7 bis 2,8 Millionen Euro. Für 2026 zeichnet sich nun ein ausgeglichener Haushalt ab. Entscheidend ist dabei weniger der absolute Schuldenstand als vielmehr die wiedergewonnene Fähigkeit, Zins- und Tilgungsleistungen dauerhaft aus dem laufenden Haushalt zu bedienen. Damit wird ein Kern kommunaler Selbstverwaltung gesichert: die eigenständige Steuerungsfähigkeit über Investitionen und Prioritäten. Diese Konsolidierung war politisch umstritten und mit unbequemen Entscheidungen verbunden. Sie zeigt jedoch, dass Haushaltssicherung nicht zwangsläufig Stillstand bedeuten muss, sondern – richtig umgesetzt – die Voraussetzung für neue Investitionen schafft.

Kitastreit und Kreisumlage: Strukturproblem kommunaler Verantwortung

Besonders deutlich wird der politische Richtungswechsel im Umgang mit dem langjährigen Kitastreit und der Kreisumlage. Die erzielte Einigung mit dem Landkreis bringt Transparenz, Planungssicherheit und spürbare finanzielle Entlastung. Zugleich offenbart dieser Konflikt ein strukturelles Problem kommunaler Selbstverwaltung: Städte tragen Verantwortung für zentrale soziale Aufgaben, ohne stets über ausreichende finanzielle und rechtliche Steuerungsinstrumente zu verfügen. Dass der Durchbruch erst nach jahrelangen Auseinandersetzungen gelang, verweist weniger auf individuelles Versagen als auf systemische Fehlanreize.

Wachstum als fiskalische Notwendigkeit

Schortens steht unter erheblichem Wachstumsdruck. Die Einwohnerzahl ist keine bloße Statistik, sondern unmittelbare Voraussetzung für finanzielle Stabilität. Ein Unterschreiten der Marke von 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern hätte

massive Einbußen bei den Schlüsselzuweisungen zur Folge. Wohnungsbau ist damit keine optionale Politik, sondern eine Zukunft sichernde Notwendigkeit.

Die klare Schwerpunktsetzung auf sozial geförderten Wohnraum folgt dabei keiner ideologischen Logik, sondern einer sozial- und finanzpolitischen Vernunft. Wartelisten im geförderten Wohnungsbau, steigende Mieten und zunehmende Verdrängung zeigen deutlich: Eine Stadt, in der Wohnen für breite Bevölkerungsschichten unbezahlbar wird, verliert ihre Zukunftsfähigkeit. Darum haben wir die Wohnungsbau Schortens geschaffen.

Stadtentwicklung im Spannungsfeld übergeordneter Interessen

Die Stadtentwicklung offenbart zugleich die Grenzen kommunaler Planungshoheit. Der Konflikt um den Flugplatz und den Ausbau erneuerbarer Energien zeigt exemplarisch, wie schnell lokale Klimaziele und Einnahmeerwartungen durch übergeordnete Interessen relativiert werden können. Die Unterstützung der Landes- und Bündnisverteidigung steht außer Frage. Ebenso legitim ist jedoch die Forderung nach finanzieller Kompensation, wenn fest eingeplante kommunale Einnahmen entfallen. Wer solche Ausfälle hinnimmt, ohne Ausgleich zu schaffen, gefährdet die Akzeptanz politischer Entscheidungen insgesamt.

Soziale Infrastruktur als Ausdruck einer fürsorglichen Kommune

Besonders prägend für den politischen Anspruch Schortens ist der Umgang mit sozialen Herausforderungen. Die Situation an den Grundschulen – Kinder mit erheblichen motorischen, emotionalen und sozialen Defiziten – verweist auf gesamtgesellschaftliche Verwerfungen, die längst in den Kommunen angekommen sind. Dass die Stadt bereit ist, hier Verantwortung zu übernehmen, obwohl Zuständigkeiten formal beim Land liegen, ist Ausdruck eines klaren Selbstverständnisses: Kommunalpolitik darf sich nicht hinter Zuständigkeitsfra-

gen verstecken, wenn konkrete Probleme vor Ort gelöst werden müssen.

Beteiligung, Akzeptanz und politischer Lernprozess

Ein weiterer zentraler Aspekt ist der Umgang mit Bürgerbeteiligung. Die Einsicht, dass Förderlogiken und Zeitdruck demokratische Legitimation nicht ersetzen können, markiert einen wichtigen politischen Lernprozess. Akzeptanz entsteht nicht durch formale Verfahren allein, sondern durch frühzeitige, ernsthafte Einbindung. Projekte wie die Menkestraße zeigen, dass Beteiligung kein Hemmnis, sondern eine Voraussetzung nachhaltiger Stadtentwicklung ist.

Kritik an Förderpolitik und Bürokratie

Am Ende verdichten sich die Erfahrungen zu einer grundsätzlichen Systemkritik: Die Vielzahl von Förderprogrammen, verbunden mit komplexer Bürokratie, bindet Verwaltungskapazitäten, verzögert Projekte und verteuert Investitionen. Kommunen brauchen weniger Anträge und mehr Vertrauen, weniger Detailsteuerung und mehr Eigenverantwortung. Die aktuelle Förderarchitektur erweist sich zunehmend als strukturelles Hemmnis kommunaler Gestaltung.

Ergebnis

Schortens zeigt, dass kommunale Politik mehr sein kann als Mangelverwaltung. Die Stadt ist finanziell stabilisiert, investitionsbereit und sozialpolitisch ambitioniert. Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen erheblich: demografischer Wandel, Wohnungsmarkt, Klimaziele und strukturelle Defizite der kommunalen Finanzierung. Ob der eingeschlagene Weg dauerhaft erfolgreich ist, wird nicht an Ankündigungen, sondern an der konsequenten Umsetzung und an besseren Rahmenbedingungen durch Land und Bund zu messen sein. Die zentrale Frage bleibt: Wie viel kommunale Gestaltung wollen wir wirklich zulassen?



KI-generierte Illustration (DALL-E, erstellt mit ChatGPT)

Positive Bilanz zu LEADER-Projekten vor Ort – EU-Förderung stärkt auch Friesland

Anlässlich einer heutigen Befassung im Landtag zieht die Grüne MdL Sina Beckmann aus Jever eine positive Bilanz zu den im Rahmen des EU-Programms LEADER geförderten Projekten für den Landkreis Friesland. In ganz Niedersachsen sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Vorhaben entstanden, die direkt aus den Dörfern heraus entwickelt wurden – von Dorfläden und Begegnungsräumen über Kultur- und Tourismusangebote bis hin zu Mehrgenerationenhäusern. Auch in Friesland wurden zahlreiche Projekte gefördert, wie etwa der Kunstgarten in Dangast, die Einrichtung einer Musikband im JUZ Zetel oder eine Leseinsel für die OBS Bockhorn.

„Das Programm LEADER zeigt, wie europäische Fördermittel konkret und wirksam in den ländlichen Räumen ankommen“, erklärt Sina Beckmann. Gerade für ein Flächenland wie Niedersachsen sei diese Förderung von zentraler Bedeutung. „Dabei geht es nicht um Luxus. Es geht um soziale Treffpunkte, Ehrenamt und schlussendlich um Lebensqualität und Grundversorgung. Es geht darum, dass Menschen bleiben – oder wieder zurückkommen.“

Die aktuell hohe Förderquote von bis zu 80 Prozent, in besonderen Fällen sogar bis zu 100 Prozent, ermögliche es Kommunen, Vereinen und Initiativen, Projekte überhaupt umzusetzen. „Viele Kommunen haben nur begrenzte finanzielle Spielräume. Ohne diese Förderquoten würden viele gute Ideen nicht realisiert werden. Und gute Ideen gibt es in Friesland viele! Die Entwicklung des Naturerlebnisort NEO in Jever zum Beispiel oder auch die Sanierung des Mariensturms in Sande – ohne die LEADER-Gelder wäre das so nicht möglich“, so Sina Beckmann.

Anzuerkennen sei dabei auch das Engagement des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: „Niedersachsen setzt sich klar für eine starke EU-Förderung des ländlichen Raums ein. Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte vertritt diese Position gemeinsam mit der Koalitionspartnerin SPD mit Nachdruck gegenüber dem Bund“, erklärt Sina Beckmann.

In der vergangenen Woche hatte die Landesregierung auf der Grünen Woche ein Positionspapier an den Bundesminister übergeben, mit dem Ziel, auch ab 2027 verlässliche Rahmenbedingungen für Programme wie LEADER zu sichern. „Die Projekte auch hier vor Ort zeigen, dass eine EU-Förderung dann besonders wirksam ist, wenn sie regionale Gestaltungsspielräume eröffnet. Wie zum Beispiel der Transporter für das Soziale Kaufhaus in Zetel, die

Errichtung von zwei Naturplattformen auf Wangerooze, die Belebung des Aktivspielplatzes in Middeßfähr oder auch die Sanierung des denkmalgeschützten Gulfhofs Gottels im Wangerland“, so Sina Beckmann abschließend. „Für gleichwertige Lebensverhältnisse braucht es weiterhin verlässliche Unterstützung für die ländlichen Räume – gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen.“



Haushalt gestalten unter engen Grenzen

Was kommunale Verantwortung heute wirklich bedeutet

Als ich den Haushaltsentwurf 2026 in den Händen hielt – 50 Seiten stark, ergänzt um 141 Produktblätter –, war mir wieder bewusst: Kommunalpolitik entscheidet konkret über Lebensqualität. Über Kita-Plätze. Über Ganztagschulen. Über Kulturangebote. Über Spielplätze. Aber sie entscheidet unter Bedingungen, die immer enger werden.

Millionen Euro. Hinzu kommen erhebliche Aufwendungen für den Ganztagsbereich an Schulen. Diese Aufgaben sind keine freiwilligen Projekte – sie sind rechtlich geboten und gesellschaftlich unverzichtbar.

Das bedeutet: Der Großteil unseres Haushalts ist faktisch gebunden. Freiwillige Leistungen – Kultur, Sport, Vereinsförderung, soziale Initiativen – stehen damit unter permanentem Rechtfertigungsdruck. Und dennoch bin ich überzeugt: Eine Stadt

Politische Debatte zwischen Sachzwang und Gestaltung

Im Finanzausschuss wird intensiv geprüft, nachgefragt, gerechnet. In den Fraktionen werden Prioritäten diskutiert. Und im Rat wird schließlich öffentlich gerungen – manchmal sachlich-nüchtern, manchmal leidenschaftlich.

Natürlich gibt es Konflikte: Wie viel können wir investieren? Wo müssen wir zurückhaltend sein? Wie sichern wir Qualität, ohne die finanzielle Stabilität zu gefährden?

Manchmal zeigt sich die kommunale Realität in fast symbolischer Form: Die Debatte über eine einzelne Spielplatzmaßnahme kann länger dauern als die Diskussion über Millioneninvestitionen im Bildungsbereich. Das wirkt auf Außenstehende vielleicht paradox. Für mich zeigt es, wie ernst wir auch kleine Entscheidungen nehmen – und dass kommunale Politik im Detail lebt.

Was bleibt? Verantwortung.

Als Grüne Ratsfrau sehe ich meine Aufgabe darin,



Kommunen zwischen Verantwortung und Unterfinanzierung

Die Lage ist nicht nur in Varel angespannt. Bundesweit berichten Kommunen seit Jahren über strukturelle Defizite. Immer mehr Aufgaben werden von Bund und Ländern übertragen – insbesondere im Bildungs- und Sozialbereich –, doch die Finanzierung ist häufig nicht auskömmlich. Der Ausbau der Kinderbetreuung, Rechtsansprüche auf Ganztagsangebote, steigende Anforderungen im Jugend- und Sozialbereich: All das ist fachlich richtig und gesellschaftlich notwendig.

Finanziell jedoch geraten viele Städte und Gemeinden an ihre Grenzen. Pflichtaufgaben dominieren die Haushalte. Der politische Gestaltungsspielraum schrumpft.

Die konkrete Situation in Varel

Auch in Varel zeigt sich dieses Spannungsfeld deutlich. Allein der Bereich der Kindertagesstätten verursacht jährliche Nettokosten von rund 9–10

darf sich nicht ausschließlich über Pflichtaufgaben definieren. Lebensqualität entsteht auch durch freiwilliges Engagement und kommunale Gestaltung.

141 Produktblätter – politische Arbeit im Detail

Die 141 beigelegten Produktblätter zum Haushalt sind nicht öffentlich, dienen aber uns Ratsmitgliedern als Beratungsgrundlage. Und sie geben einen erstaunlich präzisen Einblick – wenn man sie wirklich liest.

Dort wird sichtbar, wo Mittel gebunden sind, wo Investitionen anstehen, wo Kosten strukturell steigen. Für mich ist diese Detailarbeit essenziell. Haushaltsdebatten sind keine abstrakten Zahlenspiele. Sie sind eine Auseinandersetzung mit Prioritäten.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Haushaltsdarstellung durch die Verwaltung hilft uns dabei. Transparenz ist keine Formalie – sie ist Voraussetzung für verantwortliche Entscheidungen. Nur wer die Struktur versteht, kann politisch gestalten.

innerhalb enger finanzieller Rahmenbedingungen zukunftsfähige Entscheidungen zu treffen. Das bedeutet:

- Investitionen in Bildung konsequent unterstützen.
- Transparenz im Haushalt einfordern und weiterentwickeln.
- Freiwillige Leistungen nicht vorschnell opfern.
- Konstruktiv mit Verwaltung und anderen Fraktionen zusammenarbeiten.

Kommunalpolitik ist keine große Bühne. Sie ist konkrete Arbeit an Zahlen, Strukturen und Prioritäten. Aber genau hier entscheidet sich, ob eine Stadt lebendig, sozial und nachhaltig bleibt.

Und deshalb lohnt sich jede einzelne Seite des Haushalts – selbst die 141 Produktblätter.



Geburtstag von Sina Beckmann

Wie der Seehund aus der Brandung – 40 Jahre Nationalpark Wattenmeer

Wie Phönix aus der Asche? Nein – wie der Seehund aus der Nordsee-Brandung. Kraftvoll, lebendig, wild und doch geschützt. So feierte der Nationalpark Wattenmeer in Wilhelmshaven seinen 40. Geburtstag – mit einem Festakt, der Natur, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenbrachte. Charmant, pointiert und mit viel plattdeutschem Witz führte Annie Heger durch das Programm. Zwischen Humor und Haltung wurde deutlich: Dieser Nationalpark ist mehr als eine Schutzkulisse. Er ist Identität, Heimat und Zukunftsversprechen.

Seit 1986 steht das niedersächsische Wattenmeer unter besonderem Schutz. Es ist Teil des trilateralen Wattenmeersystems mit den Niederlanden und Dänemark – eines der letzten großräumigen, dynamischen Gezeitengebiete der Erde. Zweimal täglich formt das Spiel von Ebbe und Flut eine Landschaft, die niemals stillsteht. Rund 10.000 Tier- und Pflanzenarten sind hier heimisch. Millionen Zugvögel nutzen das Watt als Rastplatz auf ihren globalen Flugrouten. Seehunde und Kegelrobben ziehen ihre Jungen auf den Sandbänken groß. Salzwiesen, Priele, Dünen und Inseln bilden ein ökologisches Mosaik, das weltweit seinesgleichen sucht. 2009 wurde das Wattenmeer als UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer anerkannt – eine Auszeichnung von globaler Bedeutung. Sie verpflichtet zugleich: Schutz, Monitoring, Forschung und nachhaltige Nutzung müssen dauerhaft in Einklang gebracht werden.

„Man schützt nur, was man kennt“ – Dieser Satz zog sich wie ein roter Faden durch den Festakt – und durch vier Jahrzehnte Naturschutzarbeit. Der Nationalpark folgt einem klaren Leitprinzip: Natur Natur sein lassen. Das bedeutet Prozessschutz – also Raum für natürliche Dynamik, ohne menschliche Eingriffe, wo immer möglich. Doch das Wattenmeer ist kein abgeschottetes Reservat. Es ist Lebens- und Wirtschaftsraum. Küstenschutz, Fischerei, Tourismus, Landwirtschaft und Energiewirtschaft berühren sich hier täglich. Genau deshalb braucht es Dialog und Brückenbau.

Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Tourismus und Wirtschaft würdigten diese gemeinsame Verantwortung. Die Nationalpark Wattenmeer Tourismus-Agentur Nordsee GmbH, der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Jade e.V., Umweltverbände sowie politische Akteure wie Olaf Lies, die Grüne Landtagsfraktion Niedersachsen und Nationalpark-Leiter Peter Südbek machten deutlich: Erfolgreicher Naturschutz ist Teamarbeit. Auch der NDR berichtete ausführlich vom Jubiläum und unterstrich die landesweite Bedeutung dieses Naturraums.

Unendliche Weite. Salz auf der Haut. Barfuß im Watt. Das Gluckschen der Priele, das Kreischen der Möwen, das Gefühl von Wind und Freiheit. Für viele Menschen an der Küste ist das Wattenmeer mehr als ein Naturraum – es ist emotionaler Anker. Doch der Nationalpark steht auch vor großen Herausfor-

derungen: der Klimawandel und Meeresspiegelanstieg, steigender Nutzungsdruck, Artenrückgang und die Spannungsfelder zwischen Ökologie und Ökonomie. Gerade deshalb ist das Jubiläum kein nostalgischer Rückblick, sondern ein Auftrag für die nächsten Jahrzehnte.

Vor 40 Jahren brauchte es Mut, Weitsicht und politische Entschlossenheit, um diesen Schutzstatus durchzusetzen. Heute braucht es ebenso viel Engagement, um ihn weiterzuentwickeln.

Zwischen Natur und Landwirtschaft.

Zwischen Küstenschutz und Wirtschaft.

Zwischen Umwelt und Tourismus.

Es ist dieses Miteinander, das das Wattenmeer stark macht.

Vierzig Jahre Nationalpark bedeuten vierzig Jahre gemeinsames Handeln für einen Lebensraum von weltweiter Bedeutung. Und sie erinnern uns daran: Was wir kennen, können wir lieben. Und was wir lieben, sind wir bereit zu schützen. Happy Birthday, Nationalpark Wattenmeer.



Jever – Kommunalpolitisches Fazit Teil 1

von Sina Beckmann

Klima & Zukunft in Jever – was wir konkret verändert haben

Als wir 2021 mit sieben Mandaten in den Stadtrat eingezogen sind, war das etwas Besonderes. Nie zuvor war unsere grüne Fraktion so stark. Wir haben einen engagierten Wahlkampf geführt, unsere Kandidatinnen und Kandidaten standen stark im Fokus – auch weil Karl Oltmanns als Bürgermeister kandidierte und Sina Beckmann parallel für den Bundestag antrat. Neben den Personen waren aber auch unsere Themen entscheidend: Umwelt- und Klimaschutz sind für uns kein Randthema. Die Folgen des Klimawandels sind längst spürbar – auch in Jever. Hitzesommer, Trockenphasen, Starkregen: All das betrifft unsere Region. Deshalb haben wir von Anfang an zwei Dinge verbunden: klare Themen und engagierte Kandidierende mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Die größte grüne Fraktion, die es je in Jever gab, besteht aus: Oliver de Neidels (Fraktionsvorsitzender), Almuth Thomßen (stellvertretende Fraktionsvorsitzende), Sina Beckmann, Dr. Nicola Koch, Beate Berghaus, Karl Oltmanns und Olaf Harjes.

Klimaschutz bekommt eine feste Adresse im Rathaus

Ein wichtiger Schritt war die Einrichtung einer Klimaschutzmanagerin im Rathaus. Was zunächst wie eine Personalentscheidung wirkt, war für uns eine

strategische Weichenstellung. Wer Klimaschutz ernst meint, braucht Fachkompetenz, Koordination und langfristige Planung. Seit die Stelle mit Jasmin Eilers besetzt ist, werden Projekte gebündelt, Fördermittel geprüft und Maßnahmen systematisch begleitet. Für Jever ist das ein Glücksfall, und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung funktioniert aus unserer Sicht sehr gut.

Viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern zeigen: Politik wird heute weniger an großen Versprechen gemessen als an Verlässlichkeit. Genau darum geht es bei dieser Entscheidung.

Balkonkraftwerke: Energiewende zum Anfassen

Ein Thema, das viele Menschen direkt erreicht hat, ist die Förderung von Photovoltaik-Balkonkraftwerken. Unser Ziel war, dass auch Mieterinnen und Mieter oder Menschen mit kleinerem Budget selbst Strom erzeugen können.

Als das Programm startete, kamen schnell Rückmeldungen: Fotos von installierten Modulen, Fragen zu Technik oder Teilnahme. Natürlich ersetzt ein Balkonkraftwerk keine große Solaranlage. Aber es verändert das Denken. Es macht Energiewende konkret – und zeigt, dass Klimaschutz auf dem eigenen Balkon beginnen kann.

Tiny Forest: Klein, aber sichtbar

Große Aufmerksamkeit bekam das Projekt „Tiny Forest“. Auf kleiner Fläche entsteht dabei ein dichter Miniwald, der CO₂ bindet, Schatten spendet und Lebensraum schafft.

Als der erste Tiny Forest am kleinen Kreisel neben „Reifen Kaufmann“ gepflanzt wurde, waren viele Menschen dabei: Familien, Kinder, Ehrenamtliche. Solche Momente zeigen, dass Umweltpolitik nicht nur in Sitzungsräumen stattfindet – sondern draußen, mit Spaten in der Hand.

Biosphärenreservat Wattenmeer

Seit März 2022 ist Jever Mitglied der Entwicklungszone des UNESCO-Biosphärenreservats Wattenmeer. Das hat öffentlich viele Diskussionen ausgelöst, auch Sorgen in der Landwirtschaft. Nach einigen Jahren zeigt sich jedoch, dass die befürchteten Nachteile ausgeblieben sind.

Es geht hier um nachhaltige Regionalentwicklung, Fördermöglichkeiten und eine klare ökologische Positionierung. Jever liegt zwar nicht direkt am Deich, ist aber Teil einer Region, die stark vom Wattenmeer geprägt ist. Nachhaltigkeit wird dabei auch wirtschaftlich immer wichtiger – etwa für

Tourismus, regionale Produkte und Standortprofilierung.

Klimaschutz ist auch Stadtentwicklung

Unsere Klimapolitik beschränkt sich nicht auf Energiefragen. Sie betrifft auch die Gestaltung der Stadt. Mehr Grünflächen, schattenspendende Bäume und weniger Versiegelung werden zunehmend diskutiert.

Mit Projekten wie dem Tiny Forest oder Impulsen zur Neugestaltung des Alten Markts haben wir bewusst Akzente gesetzt. Der Alte Markt soll langfristig grüner, klimafreundlicher und ruhiger werden. Solche Prozesse zeigen, wie Kommunalpolitik funktioniert: Ideen werden eingebracht, diskutiert und weiterentwickelt.

Klimaanpassung gewinnt an Bedeutung

Neben der Reduktion von Emissionen geht es auch um Anpassung an den Klimawandel. Hitzeperioden und Starkregen nehmen zu. Das betrifft Infrastruktur, Bauplanung und Katastrophenschutz.

Sirenenanlagen und Katastrophen-Leuchttürme, die auf den Weg gebracht wurden, gehören ebenfalls dazu. Sicherheit und Vorsorge sind Teil moderner Klimapolitik. Viele Menschen fragen inzwischen gezielt, wie Jever auf extreme Wetterereignisse vorbereitet ist. Diese Fragen fließen auch in Projekte wie die kommunale Wärmeplanung ein.

Verwaltung modern denken

Politik setzt Ziele, die Verwaltung setzt sie um. Dabei spielt auch die Modernisierung der Verwaltung eine Rolle. Wir haben angestoßen zu prüfen, wie digitale Prozesse und perspektivisch auch KI-Anwendungen Abläufe effizienter und bürgerfreundlicher machen können.

Ein Beispiel ist der KI-Chatbot der Stadt Jever, der Fragen zu Müllabfuhr, Baumschnitt oder Winterdienst beantworten kann – auch abends oder am Wochenende. Gerade mit Blick auf den demografischen Wandel kann solche Technik helfen, Verwaltung langfristig leistungsfähig zu halten.

Wie kommt das an?

Politik wird nicht nur in Ratssitzungen bewertet, sondern auch im Alltag: auf dem Wochenmarkt, bei Vereinsveranstaltungen oder Stammtischen. Viele Menschen begrüßen, dass Klimaschutz in Jever sichtbarer geworden ist. Andere wünschen sich noch schnellere Schritte.

Diese Vielfalt an Erwartungen zeigt, wie unterschiedlich die Perspektiven in unserer Stadt sind. Projekte wie die Balkonkraftwerke oder der Tiny Forest zeigen uns jedoch: Konkrete Maßnahmen überzeugen oft mehr als abstrakte Debatten.

Warum das wichtig ist

Kommunalpolitik wirkt oft kleinteilig. Aber sie entscheidet darüber, wie sich eine Stadt entwickelt – ob sie Veränderungen gestaltet oder ihnen hinterherläuft.

Seit 2021 haben wir gezeigt, dass Klima- und Umweltschutz in Jever kein Nebenprojekt sind. Sie gehören zur Stadtentwicklung ebenso wie zu Wirtschaft, Bildung und Sicherheit. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob wir diesen Weg weitergehen – mit erneuerbarer Energie, besserer Radinfrastruktur, einer klimafreundlichen Innenstadt und einer modernen Verwaltung.

Klimaschutz beginnt nicht erst bei großen Bundesgesetzen. Er beginnt dort, wo Menschen leben. In Städten wie Jever.



Innovation für Jever – Wir denken Verwaltung neu

Wenn man an Kommunalpolitik denkt, fallen vielen zuerst Bauprojekte, Schulen oder Verkehr ein. Weniger sichtbar ist, wie stark die Arbeitsweise der Verwaltung darüber entscheidet, ob Projekte schnell und effizient umgesetzt werden können. Seit 2021 haben wir uns deshalb nicht nur mit sichtbaren Vorhaben beschäftigt, sondern auch mit der Frage: Wie arbeitet unsere Verwaltung eigentlich – und wie kann sie moderner und effizienter werden?

Digitalisierung ist kein Luxus

Digitale Prozesse sparen Zeit, wenn sie funktionieren. Sie vermeiden Doppelarbeit, schaffen Transparenz und erleichtern Abläufe. Ob Bauanträge, Terminvergaben oder interne Verwaltungsprozesse – vieles ist in den vergangenen Jahren digitaler geworden, auch wenn noch Luft nach oben bleibt. Das zeigt unter anderem die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.

Dieser Wandel ist ein langer Prozess. Politik kann Impulse setzen, umgesetzt werden müssen sie in der Verwaltung. Gleichzeitig erwarten viele Bürgerinnen und Bürger heute selbstverständlich, dass Verwaltung auch digital erreichbar ist. Papierformulare und lange Wartezeiten wirken zunehmend überholt. Neben persönlichem Bürgerkontakt gehören deshalb auch digitale Angebote, gut strukturierte Webseiten und neue Serviceformen dazu.

KI in der Verwaltung – Chancen prüfen

Ein Thema, das wir Grünen bewusst angestoßen haben, ist der mögliche Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung. Dabei geht es nicht um futuristische Szenarien, sondern um praktische Fragen: Können Routineaufgaben automatisiert werden? Können Daten schneller ausgewertet werden?

Wenn Verwaltung effizienter arbeitet, bleibt mehr Zeit für komplexe Aufgaben und persönliche Beratung. Natürlich müssen Datenschutz und rechtliche Fragen sorgfältig geprüft werden. Aber Stillstand ist keine Lösung. Gerade angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels kann KI helfen, Verwaltung zukunftsfähig aufzustellen.

Ein Beispiel dafür ist der sogenannte Modal Split – also die Frage, wie sich Menschen in Jever fortbewegen. Für eine zukunftsfähige Verkehrsplanung brauchen wir verlässliche Daten: Wie viele Fahrzeuge fahren wo? Zu welchen Zeiten? Wie entwickeln sich Verkehrsströme? Mit systematisch erhobenen Daten, unterstützt durch moderne Auswertungsmethoden, lassen sich Entscheidungen sachlicher und zielgerichteter treffen.

Tourismus neu organisieren

Jever ist durch seine Brauerei und die historische Altstadt ein Anziehungspunkt für viele Gäste. Menschen besuchen unsere Stadt auf dem Weg zur Nordsee, für einen Inseltrip oder einen Bummel durch die Innenstadt. Deshalb ist eine eigenständige Tourismusabteilung im Rathaus wichtig, um Veranstaltungen und Angebote professionell zu organisieren.

Zu den bekannten Veranstaltungen gehören das Altstadtfest im Sommer, der Kiewitt-Markt im Frühjahr oder der Neujahrsempfang im Theater am Dannhalm. Neu hinzugekommen ist durch unseren Antrag ein sportliches Großereignis: Der Jever-Fun-Lauf ist wieder zurück in der Marienstadt. Eine überregionale Laufveranstaltung mit Teilnehmenden aus vielen Regionen und auch internationalen Gästen.

Tourismus ist ein wichtiger Faktor für unsere Stadt. Eine klare organisatorische Struktur sorgt hier für mehr Fokus und Professionalität.

Wie kommt das an?

In Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern hören wir oft Kritik an Bürokratie. Gleichzeitig gibt es positive Rückmeldungen, wenn digitale Angebote funktionieren und Wege einfacher werden. Verwaltungsmodernisierung ist kein Selbstzweck. Sie hilft den Menschen, die Genehmigungen brauchen oder Informationen suchen – und sie unterstützt auch die Beschäftigten im Rathaus bei ihrer Arbeit.

Der Blick nach vorne

Die kommenden Jahre werden zeigen, wie schnell sich Verwaltung weiterentwickeln kann. Förderprogramme, rechtliche Rahmenbedingungen und personelle Ressourcen spielen dabei eine wichtige Rolle.

Unser Ziel bleibt klar: Jever soll nicht nur bei einzelnen Projekten modern sein, sondern auch in seiner Verwaltung. Daran werden wir weiterarbeiten – auch in der nächsten Ratsperiode, hoffentlich wieder mit einer starken grünen Fraktion.



Bildung & Familien – Wir investieren in die nächste Generation

In unseren Schulen und Kitas hat sich in den vergangenen fünf Jahren viel bewegt. Und das war auch notwendig. Bildung ist keine freiwillige Aufgabe der Kommune – sie ist Kernaufgabe. Sie entscheidet darüber, wie attraktiv eine Stadt für Familien ist und bleibt. Als wir 2021 mit sieben Mandaten in den Stadtrat eingezogen sind, standen mehrere große Fragen im Raum: steigende Betreuungsbedarfe, der Zustand unserer Schulgebäude, die digitale Ausstattung der Grundschulen, Ganztagsangebote und sichere Schulwege.

Paul-Sillus-Schule: Ein Neubau mit Signalwirkung

Der neue Trakt der Paul-Sillus-Schule mit Ganztagsangebot ist eines der sichtbarsten Projekte dieser Wahlperiode und wurde von uns Grünen klar unterstützt. Wer sich die Entwicklung der Schülerzahlen angeschaut hat, wusste: Es braucht zusätzliche Räume – und zwar moderne Lernumgebungen.

Ganztag ist längst Realität, und seit 2026 gibt es zudem einen Rechtsanspruch darauf. Familienstrukturen haben sich verändert. Viele Eltern arbeiten, Kinder verbringen mehr Zeit in Schule und Betreuung. Das muss baulich und organisatorisch mitgedacht werden.

Die Schule wurde deshalb nicht nur erweitert, sondern als Lebensort gedacht: mit moderner Ausstattung, Mensa und viel Raum für Lernen, Betreuung und gemeinsames Leben im Schulalltag. Viele Eltern sind froh über diese Investition. Wer einen Betreuungsplatz braucht, braucht Verlässlichkeit – keine Wartelisten und keine Provisorien.

Ein Wermutstropfen bleibt jedoch die Finanzierung. Bauen ist heute deutlich teurer als früher. Rund 10 Millionen Euro investiert die Stadt hier in Bildung und Zukunft. Das ist richtig – doch Unterstützung von Land und Bund müsste deutlich höher ausfallen. Rund 500.000 Euro Förderung sind schlicht zu wenig. Hier gilt das Prinzip der Konnexität: Wer Aufgaben vorgibt, muss sie auch ausreichend finanzieren.

Ganztag in Cleverns: Auch der ländliche Raum zählt

Uns ist wichtig, dass nicht nur die Kernstadt profitiert. Auch die Ortsteile Moorwarfen, Rahrduum, Sandel und Cleverns gehören zu Jever. Deshalb haben wir uns auch für den Ausbau des Ganztagsangebots in Cleverns eingesetzt.

Die Schule hat gemeinsam mit vielen Beteiligten ein überzeugendes Konzept entwickelt, das wir gerne unterstützen. Gerade im ländlichen Raum ist Schule oft ein zentraler Treffpunkt. Investitionen stärken daher nicht nur Bildung, sondern auch das

Dorfleben insgesamt.

Digitalisierung der Grundschulen

Ein Thema, das 2021 noch stark diskutiert wurde, ist die digitale Ausstattung der Schulen. Tablets, Smartboards und Glasfaseranschlüsse sind heute vielerorts Standard. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig digitale Infrastruktur für modernen Unterricht ist.

Natürlich ersetzt Technik keine Lehrkräfte. Aber sie unterstützt zeitgemäßes Lernen und trägt zu mehr Chancengerechtigkeit bei. Gleichzeitig müssen Wartung, Support und langfristige Finanzierung dauerhaft mitgedacht werden.



Kita-Ausbau: Betreuung sichern

Der Bedarf an Kita-Plätzen bleibt eine Herausforderung. Auch in Jever mussten zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden. Der Neubau des Kindergartens in Rahrduum sowie Übergangslösungen wie die Container-Kita waren wichtige Schritte, um Betreuungsengpässe zu vermeiden.

Für Familien bedeutet ein fehlender Betreuungsplatz nicht nur organisatorischen Stress, sondern oft auch finanzielle Belastung. Deshalb war für uns klar: Hier darf nicht gespart werden.

In Gesprächen mit Familien zeigt sich immer wieder, dass Betreuungssicherheit ein wichtiger Standortfaktor ist. Wer überlegt, nach Jever zu ziehen, fragt schnell nach der Betreuungssituation. Neben der Anzahl der Plätze spielen auch flexible Betreuungszeiten eine wichtige Rolle.

Natürlich kosten Neubauten, Sanierungen und Ausstattung viel Geld. Aber Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit einer Stadt. Wenn Schulen modern sind und Betreuung funkti-

oniert, stärkt das den gesamten Standort.

Schulwegsicherheit

Ein Thema, das viele Eltern bewegt, ist die Sicherheit von Schulwegen. Tempo-30-Zonen, bessere Querungen und Markierungen sind Maßnahmen, die direkt im Alltag wirken.

Eltern, die ihre Kinder morgens zur Schule begleiten, nehmen jede Veränderung wahr. Wir Grünen wollen, dass Jever eine Fahrradstadt wird – und dass besonders Kinder sicher unterwegs sein können. Sicherheit im Straßenverkehr ist deshalb kein ideologisches Thema, sondern ein gemeinsames Anliegen.

Wie kommt das an?

In Gesprächen mit Lehrkräften hören wir häufig, wie wichtig es ist, dass Politik zuhört und Bedarfe ernst nimmt. Eltern äußern neben Zustimmung auch Erwartungen – etwa bei Sanierungen oder Außenanlagen.

Unser Einsatz für Ganztagsangebote wird von vielen Familien positiv bewertet. Diese Rückmeldungen zeigen, dass Bildungspolitik sehr genau wahrgenommen wird.

Der Blick nach vorne

Die kommenden Jahre bringen weitere Herausforderungen: der Ganztagsanspruch, steigende Baukosten und Fachkräftemangel im Erziehungsbereich.

Unser Ziel bleibt klar: Jever soll eine Stadt sein, in der Familien gerne leben. Und das beginnt bei guter Bildung und verlässlicher Betreuung.

Demokratie & Transparenz – Wir haben Politik öffentlicher gemacht

Kommunalpolitik wirkt oft nah – und gleichzeitig für viele Menschen erstaunlich fern. Entscheidungen werden im Rathaus getroffen, Sitzungen finden abends statt, Unterlagen sind umfangreich. Wer nicht regelmäßig dabei ist, verliert schnell den Überblick. Uns war 2021 klar: Wenn wir Vertrauen stärken wollen, müssen wir Politik sichtbarer machen.

Online-Streaming: Sitzungen nicht nur für den Sitzungssaal

Ein wichtiger Schritt war für uns die Einführung des Online-Streamings der Ratssitzungen. Stadtratssitzungen werden inzwischen online übertragen. Wer möchte, kann sich von zu Hause aus zuschalten und verfolgen, wie diskutiert und entschieden wird.

Was zunächst nach einer technischen Lösung klingt, ist politisch ein echter Fortschritt. Transparenz bedeutet für uns nicht nur veröffentlichte Protokolle, sondern auch, dass Menschen live miterleben können, wie Argumente ausgetauscht werden. Gerade bei kontroversen Themen – Verkehr, Bauprojekte oder Haushaltsfragen – wird Politik so nachvollziehbarer.

Die Zugriffszahlen zeigen: Das Interesse ist da. Bürgerinnen und Bürger nutzen das Angebot und melden sich anschließend mit Fragen oder Rückmeldungen. Gleichzeitig verbessert das Streaming auch die Barrierefreiheit. Nicht jede und jeder kann persönlich an Ratssitzungen teilnehmen – durch die Übertragung entsteht ein zusätzlicher Zugang zur Kommunalpolitik.

Bürgerbeteiligung ernst nehmen

Neben der Digitalisierung der Sitzungen haben wir uns immer wieder für stärkere Beteiligung eingesetzt. Ein eigener Ausschuss für Bürgerbeteiligung war kein Selbstläufer – aber ein wichtiges Signal an die Menschen in Jever.

Gerade bei großen Themen wie dem Innenstadtkonzept oder der Entwicklung des Alten Markts haben viele Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen eingebracht. Beteiligung bedeutet nicht, dass jede Forderung umgesetzt wird. Aber sie bedeutet, dass Argumente gehört werden und in die Diskussion einfließen.

Präventionsrat: Früh hinschauen statt später reagieren

agieren

Sicherheit ist mehr als Polizeipräsenz. Mit dem Präventionsrat wurde in Jever eine Struktur geschaffen, in der Verwaltung, Polizei, Vereine und soziale Akteure regelmäßig zusammenkommen. Ziel ist es, Probleme frühzeitig zu erkennen – etwa im Bereich Jugend, Suchtprävention oder bei sozialen Konflikten.

Die ersten Treffen haben gezeigt, wie wichtig diese Vernetzung ist. Oft wissen einzelne Akteure viel, aber sie wissen wenig voneinander. Genau hier setzt der Präventionsrat an.



Feuerwehr und Katastrophenschutz

Sicherheit zeigt sich auch ganz konkret. Der Neubau der Feuerwehr an der Milchstraße, die moderne Drehleiter und Investitionen in Sirenenanlagen sind wichtige Maßnahmen. Viele Ehrenamtliche engagieren sich in der Feuerwehr – sie brauchen gute Arbeitsbedingungen und moderne Ausstattung.

Nach den Starkregenereignissen in anderen Regionen Deutschlands wurde auch in Jever intensiver über Katastrophenschutz gesprochen. Sirenen und sogenannte Katastrophen-Leuchttürme sind Teil

einer Vorsorgestrategie, die nun umgesetzt werden muss. Solche Investitionen schaffen Sicherheit im Hintergrund – und genau darauf kommt es an.

Erinnerungskultur und Vielfalt

Mit der Benennung des Fritz-Levy-Platzes am Bahnhof wurde ein Ort geschaffen, der an die Geschichte Jevers erinnert. Erinnerungskultur ist kein rückwärtsgewandtes Thema, sondern Teil unserer Verantwortung für die Gegenwart.

Auch das Regenbogen-Banner am Graftenhaus war ein bewusstes Zeichen. Für manche selbstverständlich, für andere Anlass zur Diskussion. Genau solche Diskussionen gehören zu einer lebendigen Demokratie. Für uns Grüne steht fest: Eine Stadt, in der Vielfalt sichtbar ist, ist eine starke Stadt.

Politik näher an die Menschen bringen

Mit unserem regelmäßigen grünen Stammtisch, Gesprächen vor Ort und Präsenz in den sozialen Medien haben wir versucht, Politik nicht nur im Rathaus stattfinden zu lassen. Die Hemmschwelle, Ratsmitglieder anzusprechen, ist spürbar gesunken – bei Veranstaltungen, auf dem Wochenmarkt oder bei Vereinsfesten.

Transparenz entsteht nicht nur durch Technik, sondern durch Ansprechbarkeit. Dabei wird nicht jede Entscheidung einhellig begrüßt. Aber wir hören häufig: „Man bekommt zumindest mit, was passiert.“ Genau das ist ein Fortschritt.

Der Blick nach vorn

Demokratie bleibt eine Daueraufgabe. Beteiligung kann weiter ausgebaut werden, digitale Formate können ergänzt werden – etwa durch Streaming auch von Ausschusssitzungen. Informationen müssen verständlich aufbereitet werden, im Streaming ebenso wie auf der Homepage der Stadt oder in sozialen Medien.

Unser Anspruch bleibt klar: Politik in Jever soll nachvollziehbar, zugänglich und offen sein – und bleiben.

Innenstadt & Lebensqualität – Wir haben die Stadt neu gedacht



Als wir 2021 in den Stadtrat eingezogen sind, war die Lage der Innenstädte bundesweit angespannt. Onlinehandel, verändertes Einkaufsverhalten, Leerstände – auch Jever war davon nicht unberührt. Gleichzeitig wuchs das Bedürfnis vieler Menschen nach Aufenthaltsqualität, Begegnung und lebendigen öffentlichen Räumen. Natürlich ein Spagat, gerade zu Corona-Zeiten. Für uns Grüne war schnell klar: Innenstadtpolitik darf nicht nur reagieren. Sie muss gestalten – und zwar nachhaltig.

Kleine Impulse mit großer Wirkung: Popup-Möbel

Einer der ersten sichtbaren Impulse war die Idee der Popup-Möbel am Alten Markt. Kein riesiges Bauprojekt, kein Millionenprogramm – sondern ein bewusst gesetztes Zeichen: Wir probieren aus, wie sich Räume anders nutzen lassen. Als die ersten bunten Sitzgelegenheiten aufgestellt wurden, gab es Neugier, Diskussionen, Fotos in sozialen Medien. Manche haben gefragt: „Braucht man das wirklich?“ Andere haben die Möbel sofort genutzt – zum Kaffeetrinken, für Gespräche, als Treffpunkt. Natürlich war es sehr hilfreich, dass uns mit dem Förderprogramm „Perspektive Innenstadt“ eine Finanzierung dieser Idee zur Verfügung stand.

Was zeigt dieser Antrag? Stadtentwicklung beginnt oft nicht mit Beton, sondern mit einem Perspektivwechsel und kleinen Veränderungen. Wenn man einen Platz anders möbliert, verändert sich auch seine Nutzung. Aufenthaltsqualität entsteht nicht automatisch – sie muss durch uns geplant werden.

Inzwischen sind die Popup-Möbel fester Bestandteil des Stadtbilds geworden. Und sie haben eine Diskussion angestoßen, die weit darüber hinausgeht: Wie soll sich der Alte Markt künftig entwickeln? Und auch dazu gibt es von uns ja einen umfassenden Antrag.

Innenstadtkonzept: Beteiligung statt Hinterzimmer

Mit dem Innenstadtkonzept wurde für Jever ein strukturierter Prozess angestoßen, bei dem Bürgerinnen und Bürger einbezogen wurden. Für uns war das entscheidend. Denn Innenstadtentwicklung betrifft alle: Gewerbetreibende, Anwohnerinnen, Jugendliche, Seniorinnen, Pendler und unsere Gäste.

In Veranstaltungen, Workshops und Gesprächen wurden Ideen gesammelt: mehr Grün, bessere Ra-

dabstellanlagen, weniger Durchgangsverkehr, attraktivere Plätze zum Verweilen. Nicht jede Idee lässt sich sofort umsetzen – aber der Prozess selbst hat gezeigt, dass Beteiligung möglich ist und auch genutzt wird. Viele Jeveranerinnen und Jeveraner haben die Möglichkeit genutzt, ihre Sicht einzubringen.

Gerade das Thema Verkehr wurde intensiv diskutiert. Und genau hier zeigt sich: Lebensqualität und Mobilität hängen unmittelbar zusammen.

Tempo 30 und Radverkehr: Sicherheit sichtbar machen

Ein zentrales Thema der letzten Jahre war die Verbesserung der Verkehrssicherheit. Tempo-30-Initiativen, Fahrradpiktogramme, Radwege, bessere Markierungen – all das sind keine Schlagzeilenprojekte, sondern konkrete Maßnahmen im Alltag, die wir Grüne immer wieder einbringen.

Wer mit dem Fahrrad unterwegs ist oder Kinder zur Schule begleitet, weiß: Sichtbarkeit und Sicherheit sind entscheidend. Jede Markierung, jedes Schild, jede Reduzierung von Geschwindigkeit verändert auch das Sicherheitsgefühl.

Natürlich gibt es auch kritische Stimmen. Manche empfinden zusätzliche Verkehrsberuhigung als Einschränkung. Andere fordern noch deutlich weitergehende Schritte wie Tempo 30 im gesamten Stadtgebiet. Kommunalpolitik bewegt sich hier immer im Spannungsfeld. Für uns ist klar: Sicherheit für Fußgängerinnen, Radfahrende und Kinder hat Priorität. Eine Stadt, in der man sich sicher bewegen kann, ist eine lebenswerte Stadt. Und das soll Jever weiterhin sein!

Bahnhofsvorplatz und Rumpelpflaster: Manchmal geht es um Details

Ein gutes Beispiel dafür, wie konkrete Verbesserungen wirken, ist für uns der Bahnhofsvorplatz. Das sogenannte Rumpelpflaster war vielen ein Ärgernis – für Radfahrende, für Menschen mit Rollator, für Reisende mit Koffer. Von Barrierefreiheit war da nicht viel zu spüren. Die Asphaltierung sorgt nun für deutlich mehr Komfort.

Solche Maßnahmen wirken vielleicht erstmal unspektakulär, sind aber im Alltag spürbar. Genau diese Art von Verbesserungen prägt die Wahrnehmung unserer Stadt.

Mobilitätsstation und vernetzter Verkehr

Mit der Planung einer Mobilitätsstation am Bahnhof wurde ein weiterer Baustein auf den Weg gebracht. Unser Ziel ist es, unterschiedliche Verkehrsmittel besser zu verknüpfen: Bahn, Bus, Fahrrad,

möglicherweise Carsharing.

Gerade in einer Stadt wie Jever, die viele Pendlerinnen und Pendler hat und touristisch stark frequentiert ist, ist eine solche Vernetzung sinnvoll. Mobilität wird vielfältiger – und sie muss einfach nutzbar sein.

Lebensqualität heißt auch: Grünflächen und Begegnungsorte

Stadt neu denken bedeutet nicht nur Verkehrspolitik. Es geht auch um Grünflächen, Aufenthaltsorte und Begegnung. Der Wanderwald auf dem Alten Markt ist ein Beispiel für solche Ideen. Temporäre Begrünung verändert Atmosphäre. Sie lädt ein, länger zu bleiben.

Viele Menschen haben in den letzten Jahren sensibler auf Fragen von Hitze, Schatten und Aufenthaltsqualität reagiert. Gerade die Sommermonate zeigen, wie wichtig schattenspendende Bereiche sind. Da ist es nur richtig, dass auch das Schloss Jever aktiv mit eingebunden wird und als kühler Ort mit der Hitzekarte zeigt – hier kannst Du auch an heißen Sommertagen mal gut durchatmen.

Wie kommt das an?

In Gesprächen mit Gewerbetreibenden hören wir häufig: Wichtig ist Verlässlichkeit. Wichtig ist, dass etwas passiert. Wichtig ist, dass nicht nur geredet, sondern gemacht wird. Natürlich gibt es unterschiedliche Meinungen zur Geschwindigkeit von Veränderungen.

Aber die grundsätzliche Richtung – Innenstadt stärken, Aufenthaltsqualität erhöhen, Sicherheit verbessern – wird breit getragen, so unsere Wahrnehmung. Dass Projekte wie Popup-Möbel, die Fahrrad-Piktogramme oder die Verkehrsberuhigung nicht nur beschlossen, sondern umgesetzt wurden, hat Vertrauen geschaffen.

Was noch vor uns liegt

Die Neugestaltung des Alten Markts steht weiterhin auf unserer Agenda – mit eigenen Ideen durch einen grünen Antrag. Mehr Grün, weniger Versiegelung, bessere Aufenthaltsbereiche – das sind Ziele, die wir weiterverfolgen. Auch beim Radwegenetz gibt es noch deutlichen Handlungsbedarf.

Die Leitplanung für Radwege entlang der Hauptachsen bleibt ein zentrales Zukunftsthema, da sind wir weiter dran. Die Innenstadtentwicklung ist kein Projekt mit Enddatum, sondern ein dauerhafter Prozess. Und genau diesen Prozess haben wir angestoßen.

Roter Sand: Zwischen Welterbe-Idee, Wellenkraft und Wirklichkeit

Was die Petition bewegt hat – und warum der Ausschuss so entschieden hat

Er steht draußen im Meer wie ein trotziges Ausruferzeichen. Rot-weiß gestreift, Wind und Wellen ausgesetzt – seit über 140 Jahren. Der Leuchtturm „Roter Sand“ in der Außenweser ist für viele Menschen an der Küste mehr als ein Bauwerk: Symbol, Postkartenmotiv, Stück Heimatgeschichte.

Als uns im vergangenen Jahr eine öffentliche Petition aufforderte, den Turm als Vorschlag für das UNESCO-Weltkulturerbe einzureichen und seine Versetzung an Land zu verhindern, wurde aus einem technischen Denkmal plötzlich ein politisches Thema. Über 5.000 Menschen unterstützten das Anliegen – genug für eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Niedersächsischen Landtages. Seitdem beschäftigen wir uns dort mit dem „Roten Sand“.

Doch was kann eine Petition eigentlich bewirken?

Petitionen sind ein niedrigschwelliges Instrument demokratischer Beteiligung. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann sich mit einem Anliegen direkt an den Landtag wenden. Erreichen öffentliche Petitionen mindestens 5.000 Mitzeichnungen, müssen sie im Petitionsausschuss öffentlich beraten werden.

Dabei gelten klare Regeln. Der Ausschuss prüft Zuständigkeiten, rechtliche Rahmenbedingungen und fachliche Einschätzungen. Die Petentin oder der Petent wird angehört, Ministerien werden beteiligt, anschließend berät der Ausschuss intern. Wichtig ist: Der Petitionsausschuss entscheidet nicht nach Stimmungslagen, sondern nach Fakten. Er ersetzt weder Gerichte noch Fachbehörden. Unsere Aufgabe ist es, Anliegen ernst zu nehmen – aber auch realistisch einzuordnen.

Genau das haben wir im Fall des „Roten Sandes“ getan.

Die Petition von Dr. Dieter Riemer aus Bremerhaven verfolgte zwei Ziele: den Turm dauerhaft an seinem Standort in der Nordsee zu erhalten und ihn auf die deutsche Tentativliste für das UNESCO-Weltkulturerbe setzen zu lassen.

Unstrittig ist: Der „Rote Sand“ ist ein bedeutendes technikgeschichtliches Denkmal. Errichtet zwischen 1880 und 1885 gilt er als eines der frühen Offshorebauwerke weltweit. Seine Gründung auf einem sogenannten Caisson war für die damalige Zeit eine bemerkenswerte Ingenieursleistung. Seit 1984 steht der Turm unter Denkmalschutz.

Doch der Leuchtturm steht nicht nur symbolisch im Wind – er ist ihm real ausgesetzt. Die Nordsee ist kein Museumsraum.

Gutachten zeigen, dass seine Standsicherheit zunehmend gefährdet ist. Sturmintensität, Wellenschlag und Unterspülungen setzen dem Fundament zu. Nach heutiger fachlicher Einschätzung gibt es keine denkmalgerechte Möglichkeit, die Konstruktion am historischen Standort dauerhaft zu sichern.

Damit stellt sich auch eine finanzielle Frage. Ein dauerhafter Verbleib im Meer wäre technisch schwierig und sehr teuer. Für verschiedene Sanierungsvarianten wurden Kosten im Millionenbereich diskutiert, teilweise im zweistelligen Bereich. Selbst Minimalvarianten würden laufende Instandhaltungskosten verursachen.



Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Der Turm steht in einem stark befahrenen Schifffahrtsgebiet. Auch wenn er kein aktives Seezeichen mehr ist, dient er weiterhin als Orientierungspunkt. Ein unzureichend gesichertes Bauwerk im Fahrwasser wäre ein Risiko – für die Schifffahrt und haftungsrechtlich auch für die Verantwortlichen.

Demgegenüber steht die Alternative einer Versetzung an Land. Sie ist ebenfalls technisch aufwendig und teuer, würde aber die Sicherheitsfrage im Schifffahrtsgebiet lösen und langfristig geringere Unterhaltskosten verursachen.

In der öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses Ende November 2025 trug der Petent seine Argumente engagiert vor. Für ihn ist der „Rote Sand“ ein einzigartiges Pionierbauwerk, dessen Authentizität untrennbar mit seinem Standort im Meer verbunden ist.

Grundlage unserer Beratung waren neben der Anhörung auch Stellungnahmen des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur.

Für eine Anerkennung als UNESCO-Weltkulturerbe reicht nationale Bedeutung nicht aus. Erforderlich ist ein „Outstanding Universal Value“ – ein herausragender universeller Wert im internationalen Vergleich.

Hier sehen die Fachleute derzeit keine ausreichende Grundlage. International existieren ältere und vergleichbare Offshore-Leuchttürme, etwa der Bell Rock Lighthouse in Schottland oder der Leuchtturm von Cordouan in Frankreich. Zudem fehlt eine umfassende internationale Vergleichsstudie – Voraussetzung für jede Welterbe-Nominierung.

Und selbst wenn diese Hürde genommen würde, gäbe es ein weiteres Problem: Die deutsche Tentativliste ist derzeit geschlossen und öffnet sich erst 2039 wieder.

Nach Anhörung, Prüfung und interner Beratung haben wir im Petitionsausschuss entsprechend der Sach- und Rechtslage votiert. Die fachlichen Einschätzungen wurden als tragfähig anerkannt. Die Voraussetzungen für eine Welterbe-Nominierung sind derzeit nicht gegeben, und finanzielle sowie sicherheitsrechtliche Gründe sprechen gegen einen dauerhaften Erhalt am Standort im Meer.

Diese Entscheidung ist keine Abwertung des „Roten Sandes“. Sie ist Ausdruck parlamentarischer Verantwortung. Gerade bei identitätsstiftenden Symbolen ist es leicht, politische Zeichen zu setzen. Schwieriger – aber notwendig – ist es, nüchtern abzuwägen: Was ist rechtlich möglich? Was ist technisch machbar? Was ist langfristig finanzierbar?

Der „Rote Sand“ bleibt ein Wahrzeichen. Ein beeindruckendes Zeugnis norddeutscher Ingenieurskunst – und ein Symbol dafür, wie sehr sich unsere Küsten verändern.

Die Petition hat eine breite Debatte ausgelöst und gezeigt, dass viele Menschen bereit sind, sich für dieses Denkmal einzusetzen. Sie hat aber auch deutlich gemacht, wie parlamentarische Verfahren funktionieren: transparent, faktenbasiert und offen für Argumente.

Am Ende steht kein spektakuläres Ja oder Nein, sondern eine verantwortungsvolle Einordnung.

Der „Rote Sand“ steht weiterhin im Meer. Wie es für ihn weitergeht, wird die Zukunft zeigen – eine Abbaugenehmigungsanfrage liegt derzeit noch nicht vor.

Menschenrechte und Freiheit stehen bei Holocaust-Gedenken und Iran-Resolution im Vordergrund

Die erste Plenarwoche in diesem Jahr begann mit einer **Gedenkstunde** im Leineschloss. Der Landtag gedachte gemeinsam der Millionen Opfer des Holocausts, denn die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 jährte sich zum 81. Mal. Publizist und Jurist Prof. Dr. Dr. Michel Friedman hielt ein nachhallendes Plädoyer für die Demokratie und Menschenrechte. Dabei sprach er die AfD als „Partei des Hasses“ direkt an. Eindrücklich appellierte er an alle, sich aktiv für Demokratie und Freiheit einzusetzen und einander wieder zuzuhören.

Im sich anschließenden Plenum debattierten die Grünen in der **Aktuellen Stunde** über die EU-Agrarförderung, die weiterhin im ländlichen Raum ankommen muss. Der agrarpolitische Sprecher Christian Schroeder betonte die Bedeutung der LEADER-Förderung für viele Projekte unserer Dörfer. Doch der guten Förderquote von 80 bis 100 Prozent drohe eine massive Reduzierung auf nur noch 40 Prozent. „Viele Kommunen können diese Lücke nicht schließen. Dadurch verschwinden gute Ideen in den Schubladen“, mahnte Christian Schroeder. Deshalb fordern die Grünen, LEADER so wie bisher zu erhalten, damit die Kommunen nicht abgehängt würden. Im Rahmen der Grünen Woche wurde hierzu bereits ein Forderungspapier der Landesregierung an den Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer übergeben.

Gesetzesänderungen

Erstmals beraten wurden zudem Änderungen des Niedersächsischen Hochschul- sowie des Kommunalverfassungsgesetzes. Beim **Hochschulgesetz** geht es unter anderem darum, mit verschärften Sanktionen auf beispielsweise antisemitische Übergriffe reagieren zu können.

Die **Novelle des Kommunalverfassungsgesetzes** hingegen soll ein Zeichen für eine moderne und lebendige Kommunalpolitik setzen. Denn die Grünen plädieren dafür, das passive Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen, damit Jugendliche ihre Interessen selbst in den kommunalen Gremien vertreten können. Zudem soll der Einsatz von Jugendparlamenten vereinfacht werden.

Startup-Szene stärken

Am späten Nachmittag des ersten Plenumstages ging es um **Startups und Innovationen**. Die Gründerszene in Niedersachsen wächst. Sina Beckmann als zuständige Sprecherin ihrer Fraktion betonte: „Zum Gründen braucht man nicht nur Mut, sondern auch Geld. Da kommt nun der von uns beschlossene Antrag (Drs. 19/7196) mit 15 Punkten ins Spiel.“

Um nur drei zu nennen:

- Das Wandeldarlehen, also Geld vom Land, um Unternehmensbeteiligungen zu ermöglichen.
- Das Pushen der Dörfer, um die ländlichen Räume stärker in die Startup-Strategie einzubinden.
- Innovationsscouts für Abschlussarbeiten, um das Innovationspotenzial zu entdecken.

„Wir machen also – und wir wollen noch mehr machen. Deshalb freue ich mich sehr, dass dieser Antrag nun im Plenum beschlossen wurde und die oben genannten Punkte umgesetzt werden“, so Beckmann abschließend.



Unruhe und Einigkeit zugleich

Starke Unruhe kam im Plenarsaal während der **Befragung des Ministerpräsidenten** Olaf Lies auf. Zwar stellten die Oppositionsparteien sowohl die Bildungspolitik als auch das Wolfsmanagement infrage, doch die Antworten des Ministerpräsidenten gingen in lauten Zwischenrufen fast unter. Dabei stellte Lies heraus, dass über der Bildungspolitik stets die Frage stehe, „wie wir gemeinsam für Verbesserungen sorgen können“. Auch beim Wolfsmanagement gehe das Land voran, sei jedoch auf Entscheidungen sowohl im Bund als auch bei den Gerichten angewiesen.

Doch schon kurz darauf herrschte ungewohnte Einigkeit im Plenum. Gemeinsam brachten die drei demokratischen Fraktionen eine **Resolution** (Drs. 19/9632) in den Landtag ein: Darin zeigen sie ihre tiefempfundene **Solidarität mit den Menschen in Iran**, die unter einem unterdrückenden Regime lei-

den. Grünen-Fraktionsvorsitzende Anne Kura sagte: „Die Brutalität, mit der das Regime und die Revolutionsgarden gegen die Zivilbevölkerung vorgehen, verurteilen wir aufs Schärfste! Für uns ist es entscheidend, die Aufmerksamkeit für die Menschen in Iran hochzuhalten. Wir fordern die Bundesregierung sowie die EU zum Handeln auf.“ Die Revolutionsgarden müssten als Terrororganisation gelistet werden, weitere Sanktionen folgen und Abschiebungen in Iran bundesweit ausgesetzt werden. Direkt nach dem Einbringen des Antrags wurde die Resolution von allen Parlamentsmitgliedern in Niedersachsen gemeinsam verabschiedet.

Vorbeugen und Ausbauen

Ein anderer Beschluss befasste sich mit der **Resilienz Niedersachsens** (Drs. 19/6284), um besser auf eine Bedrohungslage reagieren zu können. Die Landesregierung soll unter anderem prüfen, ob eine Strategie erarbeitet werden kann, um den Zivil- und Katastrophenschutz zu stärken. Gleichzeitig soll der Wiederaufbau des Sirenen- und Alarmnetzes priorisiert werden.

Weitere Anträge der rot-grünen Landesregierung wurden im Plenum erstmals beraten und dann an die zuständigen Ausschüsse überstellt.

In einem geht es uns darum, die **soziale Beratung** in Niedersachsen weiterzuentwickeln, um Menschen noch besser und wirksamer unterstützen zu können. Deshalb beantragen die beiden Fraktionen, eine entsprechende wissenschaftliche Studie durchzuführen (Drs. 19/9620).

In einem anderen widmen (Drs. 19/9619) sich die Grünen einem weiteren wichtigen Thema, auch und gerade für unsere Küstenregion. Hier wird viel und gerne Rad gefahren. Dennoch geben viele Menschen an, vor der Verkehrssituation zurückzuschrecken. Es fehlten oftmals **sichere Radwege** und Schutzstreifen, gerade außerorts. „Deshalb setzen wir aus dem Tourismusausschuss uns federführend dafür ein, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, das Radwegenetz auszubauen und Alternativen zu bisherigen Regelungen zu prüfen. Knotenpunktsysteme und digitalisierte Rad- und Wanderkarten haben sich als sehr hilfreich erwiesen. Sie gilt es ebenfalls weiter auszubauen“, so Sina Beckmann erläuternd.



Sinass Rede zum
Startup-Antrag

Abgeordnete diskutieren über Menschenwürde, Demokratie sowie Schutz von Mensch und Tier

Die drei Tage des März-Plenums hatten es wirklich in sich: Verfassungsänderung, Igelschutz vor Mährobotern, Wolf und Wattenmeer – die Diskussionspunkte zeigen die Vielfältigkeit der Themen und Debatten.

Los ging es diesmal mit der **Aktuellen Stunde** der Grünen zum Thema „Statt günstiger Erneuerbarer aus Niedersachsen – mit Ministerin Reiche in die Kostenfalle von Gas und Öl“. Denn nicht nur das geänderte Gebäudemodernisierungsgesetz ohne 65 Prozent Erneuerbaren-Regel, sondern auch das vorgeschlagene Ende der Solarförderung für private Dächer sorgt bei den Grünen für Wut und Kopfschütteln. Landtagsabgeordnete Marie Kollenrott formulierte es so: Diese Entscheidungen seien rückwärtsgewandt und manifestierten die Abhängigkeit. „Wir werden uns gegen diese zukunftsvergeessene Lobbypolitik wehren!“

Denn Umweltminister Christian Meyer führte eindringlich aus, was in Niedersachsen bereits erreicht wurde: Allein 2025 wurden 807 neue Windkraftanlagen genehmigt, die zusammen 5,71 Gigawatt Strom produzieren. Auch bei Solarenergie und Wärmepumpen, deren Verkaufszahlen um 55 Prozent gesteigert wurden, lässt sich die Erfolgsgeschichte fortschreiben. „Die Energiewende brummt in Niedersachsen“, so der Minister.

Und auch zu einem zweiten Thema bezog Christian Meyer Stellung. In ihrer dringlichen Anfrage thematisierte die AfD den Zustand des Wattenmeeres und appellierte daran, das Schutzversprechen auch einzulösen. Der Minister nutzte die Gelegenheit, um im 40-jährigen Jubiläumsjahr des Nationalparks die positive Entwicklung des **Zustands des Wattenmeeres** hervorzuheben. Zwar habe der Klimawandel mit steigendem Meeresspiegel und wärmer werdendem Wasser erhebliche Auswirkungen auf das Leben im Wattenmeer, doch einige aufblühende Vogelpopulationen sowie die steigenden Bestände der Seehunde und die Wiederansiedlung der Kegelrobbe zeigten, was im geschützten Raum des Nationalparks möglich sei. Arten- und Naturschutz sowie Belange des Tourismus, der Fischerei und der Industrie würden sorgfältig abgewogen und bei allen Entscheidungen berücksichtigt.

Neue Wahlkreise

Nicht weniger emotional ging es bei zwei Gesetzesänderungen zu. Gemeinsam mit SPD und CDU haben die Grünen eine **Verfassungsänderung** beschlossen. Dadurch wird der Europabezug, den wir auch in Niedersachsen pflegen und brauchen, hervorgehoben, wie auch Ministerin Melanie Walter betonte. Zudem wird der Schutz vor Antisemitismus gestärkt, was auch der hiesigen Landtagsabgeordneten Sina Beckmann sehr am Herzen liegt.

Die zweite Änderung betrifft das **Landeswahlgesetz**. Durch ein Gerichtsurteil war eine neue Einteilung der Wahlkreise für die Landtagswahl 2027 erforderlich geworden, um eine gleichmäßige Repräsentation der Wahlberechtigten sicherzustellen. Statt der bisherigen 87 wird es dann 90 Wahlkreise in Niedersachsen geben. Mit Rastede/Varel, Nordhorn und Vechta-Süd kommen drei weitere Wahlkreise hinzu, rund die Hälfte der bestehenden wird neu zugeschnitten. Auch in Friesland gibt es Änderungen: Da der bisherige Wahlkreis zu groß war, bilden Rastede, Wiefelstede, Varel, Ovelgönne und Jade nun einen eigenen Wahlkreis. Darüber hinaus wird die Sitzverteilung auf das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers umgestellt. Die Debatte hierzu löste eine Woge von Empörung und Vorwürfen im Landtag aus, doch am Ende beschloss die Mehrheit von Rot-Grün die Änderungen.

Diskutiert wurden erstmalig zudem Änderungen des Vergabegesetzes, des Rechts über den Bildungsurlaub, des Schul- und des Kita-Gesetzes. Die Beratungen hierzu erfolgen in den jeweiligen Fachausschüssen und kommen später zur Abstimmung ins Plenum zurück.

Soziale Medien und Demokratie

Beschlossen wurden rot-grüne Anträge für einen **Landesaktionsplan „Gute Geburt“** (Drs. 19/7478) sowie für den **Schutz für Kinder in den sozialen Medien** (Drs. 19/6282). So wollen die Grünen sich in Niedersachsen dafür einsetzen, dass den Gefahren des Influencer-Marketings auf Bundesebene entschlossen begegnet wird. „Kinder sind keine Klicks. Ihre Rechte gelten auch im digitalen Raum“, so Grünen-Landtagsabgeordnete Swantje Schendel.

Wichtig ist der Landesregierung, die **Demokratiebildung** (Drs. 19/6819) zu stärken und zu fördern. Auch hierzu wurde ein entsprechender Beschluss gefasst: Der Diskriminierungsschutz wird im Niedersächsischen Schulgesetz explizit verankert.

Wolfsmanagement und Igelschutz

Für eine emotional geführte Debatte im Plenum sorgte erneut das Thema **Wolf und Weidetierhaltung**. Umweltminister Christian Meyer stellte heraus, dass er den Entwurf des Bundesjagdgesetzes, das unter anderem den Schutzstatus des Wolfes herabstuft, begrüßt. Demnach sollen klare Standards gelten und nach Rissen die den Schaden verursachenden Wölfe sofort bejagt werden dürfen. Dennoch würden Beschlüsse des Bundes nicht abgewartet: Bei Bedarf werden Genehmigungen zum Schnellabschuss und reguläre Genehmigungen erteilt, um sogenannte Problemwölfe, wie beispielsweise jüngst eine Fähe in Cuxhaven, entnehmen zu

können. Außerdem werde der Herdenschutz und die damit verbundene Förderung für Weidetierhaltung weiter ausgebaut. Ein Erfolg sei zudem das Dialogforum Weidetierhaltung und Wolf in Niedersachsen, in dem in breiter Beteiligung das Wolfsmanagement vorangebracht wird.

Ungewohnte Einigkeit herrschte beim Antrag zum **Igelschutz vor Mährobotern** (Drs. 19/9910). So setzen sich die rot-grünen Fraktionen zusammen mit 6.000 Menschen in Niedersachsen, die eine entsprechende Petition unterzeichnet haben, genau dafür auf Bundesebene ein: Hersteller von Mährobotern sollen verpflichtet werden, durch entsprechende Software den Schutz für Igel und andere Kleintiere zu erhöhen. Außerdem plädieren die Antragsteller für ein bundesweites Nachtfahrverbot für Mähroboter. Bisher haben dies schon einzelne Städte und Landkreise, wie Hildesheim, Göttingen und Helmstedt, in Niedersachsen eingeführt. Nun werden sich der Ausschuss für Verbraucherschutz und der Umweltausschuss mit den Details beschäftigen.

Schutz der Menschenwürde

Weitere Anträge der rot-grünen Landesregierung wurden im Plenum erstmals beraten und dann an die zuständigen Ausschüsse überstellt. Hierzu zählt unter anderem die **Sicherung der Sprachförderung** (Drs. 19/9909). „Wir möchten den Druck auf die Bundesebene erhöhen, um den Zulassungsstopp bei Integrationskursen zurückzunehmen und die Finanzierung der Kurse dauerhaft zu sichern“, so Sina Beckmann erläuternd.

Ein zweiter Antrag widmet sich dem **Netzausbau** (Drs. 19/9908). Denn um die hier gewonnene erneuerbare Energie transportieren zu können, muss das Stromnetz zügig ausgebaut werden. Unter anderem sollen die Überbauung von Netzverknüpfungspunkten erleichtert sowie Planung und Genehmigung beschleunigt werden, indem Bürokratie abgebaut und die Digitalisierung vorangetrieben wird.

Für Furore zum Abschluss der drei intensiven Plenumstage sorgte ein rot-grüner Antrag, der unsere **Demokratie und Grundordnung schützen** soll (Drs. 19/9916): Der Verfassungsschutz hat die AfD auch in Niedersachsen als gesichert rechtsextrem eingestuft. Mit dem vorliegenden Antrag unterstützt Rot-Grün die laufenden Vorbereitungen für die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht. „Denn wir stellen uns an die Seite der wehrhaften Demokratie und schützen die Menschenwürde“, so der Grüne innenpolitische Sprecher Michael Lühmann.

18. Februar 2026, 15:00 Uhr – Ein Beschluss, der mir den Schlaf geraubt hat

Es ist 15 Uhr im Kursaal des Hauses des Gastes. Der Kreistag tagt gemeinsam mit dem Stadtrat Wilhelmshaven. Der Raum ist nüchtern, zweckmäßig – wie so oft. Und doch ist dieser Tag anders. Schwere liegt in der Luft. Verantwortung. Eine Entscheidung, die unsere Region prägen wird.

Seit Tagen schlafe ich schlecht. Dieser Beschluss hat mich verfolgt: in Fachgesprächen, in Tabellen, in Analysen, in politischen Debatten. Es ging nicht nur um eine Vorlage. Es ging um die Frage: Wie sichern wir eine Gesundheitsversorgung, die unserer Region gerecht wird – sozial, ökologisch und zukunftsfähig?

Noch um 13 Uhr, zwei Stunden vor der Abstimmung, war ich fest entschlossen, dagegen zu stimmen – weil mein fachlicher Kompass mir sagte, dass dieser Beschluss in dieser Form nicht tragfähig ist. Und doch wusste ich: Ein Nein wäre nicht nur ein Veto. Es wäre das Ende eines Weges gewesen, bevor wir ihn überhaupt hätten gestalten können.

Zwischen Daten, Verantwortung und Bauchgefühl wurde mir klar: Verantwortung heißt manchmal, mit fachlichen Bauchschmerzen Ja zu sagen.

Warum ich gezögert habe

Ich war mit der Vorlage nicht glücklich. Offen gesagt: Ich war kritisch – und bin es weiterhin: zu viele offene Finanzierungsfragen, zu wenig klare Aussagen des Landes, zu viel fachliche Kritikpunkte, eine Bewertungsmatrix, die politische Handschriften trägt und eine schwierige Partnerschaft zweier Gebietskörperschaften, die Vertrauen erst wieder aufbauen müssen.

Doch die wichtigste Frage lautete: Wie organisieren wir eine gute Versorgung in einer Region, die ländlich, weitläufig und demografisch herausgefordert ist? Diese Frage ist nicht nur medizinisch. Sie ist politisch, sozial, ökologisch.

Eine grüne Perspektive: Versorgung nah an den Menschen, nicht an den Gebäuden. Oft wird so getan, als bedeute ein gemeinsames Klinikum automatisch Zentralisierung.

Das Gegenteil ist richtig: Eine zukunftsfähige, nachhaltige Gesundheitsversorgung bleibt dezentral – durch ambulante Zentren, gute Erreichbar-

keit, starke Netzwerke und echte Nähe zu den Menschen.

„Wohnortnah“ heißt nicht „am selben Ort“. Wohnortnah heißt: erreichbar, niedrigschwellig, verlässlich und gut vernetzt.

Aus grüner Perspektive heißt das:

Jede Fahrt, die vermieden wird, spart CO₂. Jede gut funktionierende ambulante Struktur entlastet das System nachhaltig. Jede erreichbare Notfall- und Grundversorgung stärkt Daseinsvorsorge und Gerechtigkeit. Jede kluge Strukturplanung schützt Ressourcen und sorgt für Resilienz in Krisenzeiten.

Gerade in der Geburtshilfe und Gynäkologie reicht es nicht, Minuten zu zählen. Gute Versorgung misst sich daran: Wo kann ich sicher, angst- und barrierefrei entbinden? Wo ist rund um die Uhr qualifiziertes Personal? Wo stehen verlässliche Strukturen bereit?

Warum ich zugestimmt habe – trotz aller Zweifel

Meine Bedenken sind nicht verschwunden. Aber

eine Erkenntnis wurde stärker: Ohne eine gemeinsame Klinik besteht die realistische Gefahr, dass wir mittelfristig Versorgungsangebote verlieren, die für eine nachhaltige, gerechte und stabile Gesundheitsstruktur in unserer Region unverzichtbar sind.

Diese Gefahr ist real. Nicht, weil jemand sie herbeiredet, sondern weil Fakten, Demografie und Personalentwicklung sie klar anzeigen. Unsere heutigen Krankenhausstrukturen stammen aus einer anderen Zeit. Sie sind nicht darauf ausgelegt, den kommenden Jahren standzuhalten – weder medizinisch, noch personell, noch finanziell.

Ein Nein hätte den Prozess beendet. Ein Ja ermöglicht, ihn aktiv zu gestalten. Ich gehe diesen Weg mit Verantwortung – und offenen Augen.

Ich werde in den kommenden Monaten und Jahren kritisch begleiten, wie „wohnortnah“ definiert wird, wie Erreichbarkeit gemessen und gewichtet wird, ob ökologische Kriterien endlich verbindlich einfließen, wie ambulante Angebote gestärkt und vernetzt werden, wie stationäre Versorgung bedarfsgerecht in unserer Region gestaltet wird, und ob das Land klare, verlässliche Förderzusagen liefert.

Ich bin mit Bauchschmerzen in die Sitzung gegangen. Ich habe mit Bauchschmerzen zugestimmt. Aber ich glaube fest: Diese Entscheidung hält unsere Region handlungsfähig. Sie ist nicht perfekt. Sie ist nicht leicht. Aber sie ist – in diesem Moment – notwendig, wenn wir eine Gesundheitsversorgung wollen, die ökologisch, sozial und zukunftssicher ist.

Wichtig ist mir dabei eine Klarstellung: Beschlossen wurde nicht der Standort. Beschlossen wurde das Verfahren zur Standortsuche.

Mehr Hintergründe online

Auf meiner Website sigridbusch.de finden Interessierte eine ausführliche Darstellung dieses Beschlusses – darunter eine kritische Erläuterung der Beschlussvorlage, eine Analyse der Standortkriterien sowie weitere Informationen zur regionalen Gesundheitsversorgung. Für alle, die tiefer einsteigen möchten, stelle ich dort fortlaufend aktualisierte Inhalte bereit.



KI-generierte Illustration (DALL-E, erstellt mit ChatGPT)

Startups stärken Niedersachsen

Landtag beschließt umfassenden Antrag zur Förderung von Gründungen und Innovation

Mit dem im Januar-Plenum beschlossenen Antrag „Startups und Gründungskultur in Niedersachsen stärken, verankern und Innovationen fördern“ setzt der Niedersächsische Landtag ein klares Signal für ein zukunftsfähiges, innovatives und nachhaltiges Wirtschaftsmodell. Für Sina Beckmann, Sprecherin für Startups und Innovationen der Grünen Landtagsfraktion und selbst Unternehmerin, ist der Beschluss ein wichtiger Meilenstein für das Startup-Ökosystem im Land.

„Startups sind Treiber für Innovation, Transformation und gute Arbeitsplätze. Niedersachsen hat enormes Potenzial – mit starken Hochschulen, engagierten Gründerinnen und Gründern und einer wachsenden Infrastruktur. Mit diesem Antrag verankern wir Startup-Förderung dauerhaft und strategisch im Land“, erklärt Beckmann.

Wandeldarlehen: neuer Mut in der Startup-Finanzierung

Ein zentrales Highlight des Antrags ist die Einführung von Wandeldarlehen als Förderinstrument. Dabei handelt es sich um Darlehen, die nicht klassisch zurückgezahlt werden müssen, sondern bei Erfolg des Startups in Unternehmensanteile umgewandelt werden können. „Das ist ein Instrument, das in der Startup-Welt längst etabliert ist, politisch aber Neuland darstellt. Es verbindet unternehmerisches Risiko mit staatlicher Förderung auf Augenhöhe – und ist damit fast schon revolutionär“, so Beckmann. Gerade in frühen Gründungsphasen kann ein Wandeldarlehen den entscheidenden Unterschied machen, ohne junge Unternehmen sofort unter massiven Rückzahlungsdruck zu setzen.

Startup-Strategie für Stadt und Land

Ein weiterer Schwerpunkt des Antrags ist der klare Fokus auf die ländlichen Räume. Die Startup-Strategie des Landes soll nicht nur in Metropolregionen wirken, sondern gezielt auch in kleineren Städten und im ländlichen Raum Gründungen ermöglichen. „Ich bin selbst auf dem Dorf groß geworden. Ich weiß signalstarke Förderkulissen allein reichen nicht – wir müssen Innovation dorthin bringen, wo Menschen leben, arbeiten und bleiben wollen“, betont Beckmann. Startups können gerade im ländlichen Raum neue Wertschöpfung, Fachkräftebindung und Zukunftsperspektiven schaffen – wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Innovationsscouts: Ideen sichtbar machen, bevor sie verloren gehen

Eine persönliche Herzensidee von Beckmann, die Eingang in den Antrag gefunden hat, sind sogenannte Innovationsscouts. Diese sollen systematisch Abschlussarbeiten an Hochschulen und Universitäten sichten, um Innovationen und Gründungspotenziale frühzeitig zu identifizieren. „In Niedersachsen entstehen jedes Jahr unzählige kluge Ideen in Bachelor-, Master- oder Doktorarbeiten. Viel zu oft verschwinden sie in Schubladen. Mit Innovationsscouts wollen wir diese Ideen ans Licht holen und ihnen den Weg in die wirtschaftliche

Ergänzt werden diese Strukturen durch sechs High-tech-Inkubatoren (HTIs), die forschungsnahe und technologieintensive Gründungen begleiten. Beispiele sind der HTI Oldenburg mit Fokus auf Energie, Informatik und Medizintechnik, das Seedhouse Osnabrück, das Agrar-, Food- und Digital-Startups fördert, sowie Future Green Tech, das Gründungen rund um GreenTech, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Industrieprozesse unterstützt. Koordiniert und strategisch weiterentwickelt wird dieses Ökosystem durch die Niedersachsen.next Startup, die Gründungsförderung, Netzwerke und Sichtbarkeit bündelt.



KI-generierte Illustration (DALL-E, erstellt mit ChatGPT)

Umsetzung ebnen“, erklärt Beckmann. Ziel ist es, Wissenstransfer und Gründungen enger zu verzahnen und so langfristig die Innovationskraft des Landes zu stärken.

Starke Infrastruktur als Fundament

Ein tragender Pfeiler der niedersächsischen Startup-Strategie sind die acht vom Land geförderten Startup-Zentren, die regionale Stärken gezielt aufgreifen. Dazu zählen unter anderem das Gründungs- und Innovationszentrum Oldenburg (GO), das sich auf die Themen Künstliche Intelligenz, Energie und Gesundheit spezialisiert hat, das SmartCityHouse Osnabrück mit seinem Schwerpunkt auf Smart City, Digitalisierung und urbanen Innovationen sowie die Venture Villa Hannover, die als unternehmerisch geprägter Inkubator vor allem skalierbare Geschäftsmodelle im Software- und Webbereich sowie Venture-Capital-nahe Startups unterstützt.

Starker Bezug zur Region

Auch der regionale Bezug ist Beckmann wichtig: „Innovationen entstehen nicht nur in Metropolen.“ In ihrem Wahlkreis Friesland spielt dabei die Jade-Bay eine zentrale Rolle. Sie vernetzt Wirtschaft, Wissenschaft und Gründungsinteressierte an der Nordseeküste und bindet sie an die landesweite Startup-Strategie an. „Mein Anspruch ist es, Startup-Politik aus der Praxis heraus zu gestalten – mutig, langfristig und gerecht verteilt im ganzen Land. Dieser Beschluss ist ein starkes Bekenntnis Niedersachsens zu Innovation, Unternehmergeist und Zukunft“, so Beckmann abschließend.



Link zum Antrag



Jeverland von Oliver de Neidels

Ins Wahljahr mit größerem Vorstand – OV Jeverland wählt drei neue Vorstandsmitglieder

Der grüne Ortsverband Jeverland, der die beiden Kommunen Jever und Wangerland abdeckt, hat zum Beginn des Kommunalwahljahres 2026 seinen Vorstand erweitert.

Nach dem Rücktritt von Sven Pohle wurde eine Nachbesetzung des Sprecher*innenpostens nötig. Hier wurde Janina Schönbohm als neue Sprecherin

gewählt, die mit Annika Kamplade und Kassiererin Nina Holtewert nun einen rein weiblichen Kernvorstand bildet.

Ebenfalls neu gewählt wurden Waltraud Rohde und Tjard Tibke, die als Beisitzer*innen neu im Vorstand sind. Außerdem sind weiterhin Meike Oltmanns und Oliver de Neidels als Beisitzer*innen dabei.

Gemeinsam will das Vorstandsteam den schon angelaufenen Kommunalwahlkampf weiter begleiten..

Im Herbst stehen auf der nächsten Mitgliederversammlung dann alle Vorstandsposten regulär zur Wahl.

Mitglied werden!

Zukunft mitgestalten!
QR-Code scannen oder direkt auf gruene.de



Echt lessig leben – Wie Wolfenbüttel seinen Tourismus neu denkt

Wolfenbüttel, die Lessingstadt, die wirkt – durch ihre Geschichte, ihre Menschen und eine klare Idee davon, wie Tourismus im 21. Jahrhundert aussehen soll. Genau darüber hat der Tourismusausschuss des Niedersächsischen Landtags bei seiner auswärtigen Sitzung in Wolfenbüttel beraten. Als stellvertretende Vorsitzende durfte ich dieses Mal die Sitzung leiten – und in Südniedersachsen wurde deutlich, wie eng Kultur, Wirtschaftskraft und kommunale Selbstbehauptung miteinander verbunden sind. Unser Gang durch die Altstadt nach der Sitzung zeigte eindrücklich, warum Wolfenbüttel touristisch relevant ist: Über 1.000 Fachwerkhäuser prägen das Stadtbild. Das Schloss erinnert an mehr als drei Jahrhunderte Residenzgeschichte der Welfen. In der Herzog August Bibliothek – der berühmten Augusta – entstand ein geistiges Zentrum der Aufklärung, hier wirkte unter anderem Gotthold Ephraim Lessing. Wir kennen den Schriftsteller von Werken wie „Emilia Galotti“ oder „Nathan der Weise“. Und auch wirtschaftlich ist die Stadt von Bedeutung: mit der Mast-Jägermeister SE sitzt ein global agierendes Unternehmen vor Ort, dessen Produkte in mehr als 150 Länder exportiert werden. Historisches Erbe, industrielle Identität und kulturelle Strahlkraft – diese Mischung weiß die Stadt zu nutzen.

Tourismus ist in Wolfenbüttel kein dekoratives Beiwerk, sondern ein handfester Wirtschaftsfaktor. Die Zahlen sind eindrucksvoll: 1,9 Millionen Aufenthaltstage pro Jahr, ein touristischer Umsatz von 61,7 Millionen Euro und rund 980 Arbeitsplätze in Vollzeitäquivalenten. Fünf Prozent der Gesamtbeschäftigung hängen direkt oder indirekt am Tourismus. Die vergangenen Jahre haben allerdings gezeigt, wie fragil diese Wertschöpfung sein kann. Nach kontinuierlichem Wachstum vor 2015 folgte ein Einbruch – unter anderem durch eine Reduzierung der Bettenkapazitäten. 2019 erreichte Wolfenbüttel Bestwerte. Dann kam die Pandemie, verbunden mit einer langwierigen Erholungsphase. Erst jetzt zeichnet sich eine Stabilisierung ab. Gleichzeitig gingen seit 2020 durch Betriebsschließungen rund 7.000 Übernachtungen jährlich verloren. Die temporäre Schließung kultureller Treffpunkte – unter anderem in der Herzog August Bibliothek – reduzierte die Attraktivität für Kulturtouristen. Der Wegfall von Werksführungen bei Jägermeister wirkte sich spürbar auf Besucherzahlen und Umsätze aus. Und die aktuelle angespannte Haushaltslage der Kommune zwingt dazu, freiwillige Leistungen kritisch zu prüfen.

Was Wolfenbüttel auszeichnet, ist der strategische Plan. Schon 2001 startete die Stadt das professionelle Tourismusmarketing. Es folgten aufeinander aufbauende Konzepte – 2011–2016, 2017–2022 – und nun das Tourismuskonzept 2030. Dieses „TK30“, was uns kurz vorgestellt wurde, ist ein klar strukturiertes Zukunftsmodell mit Vision, Leitlinien und

konkreten Handlungsfeldern. Die Vision lautet: Wolfenbüttel soll ein geschätzter Ort sein, der Neugierde weckt, Identität stiftet und für Toleranz und Leichtigkeit bekannt ist. Kurz: „ECHT LESSIG EBEN.“ Das ist mal ein richtig cooler Slogan!

Der zentrale Leitwert heißt „Nähe“. Nähe zwischen Gästen und Einwohnenden. Nähe zwischen historischem Erbe und moderner Offenheit. Nähe zu großen Städten wie Hannover oder Braunschweig. Wolfenbüttel ist ein Ort, an dem man sich willkommen fühlt. Dabei wird ausdrücklich betont: Lebensqualität und Urlaubsqualität sind keine Gegensätze. Sie stärken sich gegenseitig. Wer hier lebt, soll profitieren. Wer hier zu Gast ist, soll Qualität erle-

ben – nicht Masse. Das macht aus meiner Sicht Sinn, denn so steht Qualität vor Quantität. Für mich ein klares Zukunftsmodell. Die Leitlinien bis 2030 sind klar formuliert. Es geht um nachhaltige Entwicklung, um Profilschärfung und Zielgruppenfokus, um Qualitätssteigerung, Kommunikationsoptimierung, um Organisation und Kooperation. Wolfenbüttel will nicht größer um jeden Preis werden, sondern besser. „Klasse statt Masse“ ist strategisches Prinzip. Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit werden als Querschnittsthemen konsequent mitgedacht. Das Ziel ist dabei: mehr Wertschöpfung bei gleichzeitig aktiver Einbindung der lokalen Bevölkerung. Konkrete Ideen sind bereits definiert: ein stärkerer Fokus auf Tagesgäste, Fachwerk-Angebote, ein Jägermeister-Erlebnis, Heritage-Formate, neue Führungen durch Festungs- und Kasemattenanlagen, perspektivisch sogar eine Tiny-House-Feriensiedlung. 2029 steht zudem ein besonderes Datum an: ein Lessingjahr mit erheblichem kulturellen Potenzial.

Doch alle diese Ideen brauchen Geld. Visionen brauchen Finanzierung. Hier wird es politisch und hier kommen wir als Tourismus-Ausschuss ins Spiel. Angesichts eingeschränkter kommunaler Spielräume wurde in der Ausschuss-Sitzung intensiv darüber diskutiert, ob ein Fremdenverkehrsbeitrag nach § 9 NKAG ein Instrument sein könnte. Ein solcher Beitrag würde Betriebe, die unmittelbar vom Tourismus profitieren, in angemessener Weise an den Kosten beteiligen. Es geht um folgende Fragestellungen: Wie schafft man faire Beteiligung, ohne die Wirtschaft zu überfordern? Wie sichert man Qualität, wenn öffentliche Mittel knapper werden? Und genau solche Fragen gehören in einen Tourismusausschuss – sie zeigen, dass Tourismuspolitik immer auch Finanz- und Strukturpolitik ist.

Der anschließende Stadtrundgang, zwar bei bestem Nieselregen, war wunderbar. Vom Schloss über die Fachwerkgassen bis zur Herzog August Bibliothek wurde greifbar, was die Zahlen vorher allein nicht vermitteln können: Wolfenbüttel hat Atmosphäre. Die Stadt ist überschaubar, aber nicht provinziell. Historisch, aber nicht verstaubt. Selbstbewusst, ohne sich aufzudrängen. Wenn es gelingt, die strategischen Ziele des Tourismuskonzepts 2030 konsequent umzusetzen, Kooperationen zu stärken und neue Finanzierungswege zu prüfen, kann die Stadt ihre Position im niedersächsischen Städtetourismus weiter ausbauen. Wolfenbüttel zeigt, dass moderner Tourismus vielschichtig ist. Er braucht Profil, Qualität und eine klare Haltung. Oder, wie es hier heißt: echt lessig leben.





Zusammenhalt macht Niedersachsen stark – unsere Fraktionsklausur in Oldenburg

Zwei Tage lang haben wir uns als Grüne Landtagsfraktion Niedersachsen in Oldenburg Zeit genommen, um gemeinsam zu beraten, zu diskutieren und politische Schwerpunkte zu setzen. Klausuren sind für uns immer ein wichtiger Moment im parlamentarischen Jahr: Wir treten einen Schritt aus dem Tagsgeschäft heraus und schauen grundsätzlicher auf das, was vor uns liegt.

Tagungsort war das Core Oldenburg, ein Coworking Space mitten in der Stadt. Für mich ist dieser Ort besonders interessant, weil hier ganz unterschiedliche Menschen zusammenkommen: Start-ups, Gründerinnen und Gründer, Kreative und der HTI Oldenburg. Man spürt dort sofort diese besondere Atmosphäre von Innovation und Zusammenarbeit. Genau diese Mischung passt gut zu der politischen Arbeit, die wir an diesen zwei Tagen gemacht haben.

Im Zentrum unserer Klausur stand ein neues kommunalpolitisches Positionspapier mit dem Titel „Ob Dorf oder Stadt – Zusammenhalt macht Niedersachsen stark“. Damit setzen wir bewusst einen Schwerpunkt auf die kommunale Ebene. Denn ganz gleich, ob man in einer Großstadt lebt oder in einem kleinen Dorf: Viele politische Entscheidungen werden letztlich vor Ort sichtbar. Kommunen organisieren Kitas, Schulen, Kulturangebote, Sportstätten, Mobilität und soziale Infrastruktur. Gleichzeitig stehen viele Städte und Gemeinden unter erheblichem finanziellen Druck. Unser Ziel ist deshalb klar: Wir wollen Kommunen stärker unterstützen und ihnen mehr Handlungsspielräume geben. Ein wichtiger Punkt in unserem Papier ist die Stärkung der kommunalen Finanzen. Städte und Gemeinden müssen investieren können – etwa in Infrastruktur, Bildung, Klimaschutz oder soziale Angebote. Gerade in Zeiten großer Transformationen, etwa bei der Energiewende oder der Digitalisierung, kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu.

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Papiers ist die Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik. In vielen Städten steigen die Mieten, gleichzeitig stehen in manchen Regionen Häuser leer oder Ortskerne verlieren an Leben.

Deshalb setzen wir uns unter anderem für stärkere Instrumente gegen Leerstand, eine aktivere kommunale Bodenpolitik, mehr bezahlbaren Wohnraum und eine gezielte Förderung lebendiger Orts- und Stadtzentren ein. Gerade kleinere Städte und Gemeinden stehen vor der Herausforderung, Innenstädte attraktiv zu halten. Orte der Begegnung – vom Marktplatz über Bibliotheken bis zu Kulturangeboten – sind wichtig für das gesellschaftliche Leben.

Ein besonders wichtiger Punkt unserer Diskussion war die Frage, wie Kommunen stärker vom Ausbau

der erneuerbaren Energien profitieren können. Niedersachsen ist bereits heute eines der wichtigsten Energieländer Deutschlands. Beim Ausbau von Windenergie und Solarenergie spielt unser Bundesland eine zentrale Rolle. Deshalb ist es uns wichtig, dass die Wertschöpfung aus der Energiewende auch vor Ort ankommt. Ein Instrument dafür ist die sogenannte Akzeptanzabgabe. Sie sorgt dafür, dass Kommunen finanziell am Betrieb von Wind- und Solaranlagen beteiligt werden. Betreiber müssen für neue Anlagen eine Abgabe zahlen, die direkt in die Haushalte der Gemeinden fließt. Diese beträgt mindestens 0,2 Cent pro erzeugter Kilowattstunde Strom. Für viele Gemeinden, auch im Landkreis Friesland, bedeutet das eine spürbare zusätzliche Einnahmequelle. Ein einzelnes Windrad kann beispielsweise rund 30.000 Euro pro Jahr für die Kommune bringen. Diese Mittel können dann vor Ort für Projekte eingesetzt werden – etwa für Infrastruktur, soziale Angebote, Kultur oder Maßnahmen zur Förderung der Energiewende. Gleichzeitig stärkt diese Beteiligung die Akzeptanz für den Ausbau erneuerbarer Energien, weil die Menschen in den Regionen direkt davon profitieren. Gerade im ländlichen Raum ist das ein wichtiger Punkt. Die Energiewende soll nicht nur Klimaschutz bringen, sondern auch wirtschaftliche Chancen für die Regionen eröffnen.



Ein weiterer wichtiger Teil unserer Klausur war der politische Austausch mit Gästen. Besonders gefreut habe ich mich über den Besuch von Britta Haßelmann, der Vorsitzenden der Grünen Bundestagsfraktion. Sie hat uns einen Einblick in die aktuelle bundespolitische Lage gegeben und mit uns darüber diskutiert, wie Bund, Länder und Kommunen noch besser zusammenarbeiten können. Gerade bei großen Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Infrastruktur oder sozialer Gerechtigkeit zeigt sich immer wieder, wie wichtig diese Zusammenarbeit ist.

Außerdem hatten wir Besuch aus Schleswig-Holstein: Lasse Petersdotter, Fraktionsvorsitzender der Grünen im dortigen Landtag. Ein Mensch mit viel Power und einer sehr positiven Ausstrahlung – mein „Einfach Machen“ Slogan passt auch gut zu ihm! Der Austausch mit anderen Landesfraktionen ist für uns immer besonders wertvoll, weil wir so direkt mitbekommen, wie es in anderen Bundesländern aussieht. Überall stehen wir vor ähnlichen politischen Herausforderungen – von der Finanzie-

rung unserer Vorhaben, über den Ausbau erneuerbarer Energien bis hin zur Frage, wie wir unsere Demokratie stärken können.

In vielen Gesprächen während unserer Klausur wurde deutlich, wie zentral die kommunale Ebene für das Vertrauen in Demokratie ist. Menschen erleben Politik vor allem dort, wo sie leben: in Zetel, auf Wangerooge oder in Jever. Im Rathaus, im Gemeinderat, in den Schulen oder den vielen wunderbaren Verein. Und gerade deshalb ist es mir so wichtig, dass Kommunen handlungsfähig bleiben. Sie müssen investieren können – in Infrastruktur, in Bildung, in Klimaschutz und in soziale Angebote. Gleichzeitig stehen viele Städte und Gemeinden unter erheblichem finanziellen Druck, das weiß ich aus meinem eigenen kommunalpolitischen Engagement. Unser Ziel ist deshalb klar: Wir wollen Kommunen stärken und ihnen mehr Gestaltungsspielräume geben. Denn wenn Kommunen stark sind, profitieren am Ende alle: Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Vereine und das gesellschaftliche Zusammenleben insgesamt.

Natürlich haben wir in Oldenburg auch über zahlreiche weitere Themen gesprochen: über aktuelle landespolitische Projekte, über die politische Lage in Niedersachsen und über die kommenden Monate im parlamentarischen Kalender. Solche Klausuren sind immer auch ein Moment der gemeinsamen Standortbestimmung. Was haben wir bereits erreicht? Wo müssen wir nachsteuern? Und welche politischen Themen werden Niedersachsen in den kommenden Jahren besonders prägen? Dabei geht es nicht nur um Programme und Strategien, sondern auch um Austausch innerhalb der Fraktion. Gerade in intensiven Diskussionen entstehen oft neue Perspektiven und Ideen.

Neben all den politischen Debatten gab es aber auch was zu feiern: der Wahlsieg von Cem Özdemir in Baden-Württemberg. Er hat einen Wahlkampf geführt, der nah bei den Menschen war – mit klarer Sprache, Bodenständigkeit und einem offenen Ohr für die Sorgen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Ohne großes Herumschwadronieren, sondern mit dem Willen, Verantwortung zu übernehmen und Probleme zu lösen. Cem hört zu, krempelt die Ärmel hoch und packt an. Er hat gezeigt, dass grüne Politik dann Mehrheiten gewinnt, wenn sie wirtschaftliche Stärke, Arbeitsplätze und Klimaschutz zusammen denkt. Wenn sie den Mittelstand ernst nimmt, neugierig in die Zukunft schaut und den Mut hat, pragmatische Lösungen anzubieten. Realpolitik kommt bei den Menschen an – und zwar gewinnend. Mit diesem tollen Ergebnis für grüne Politik starten wir stark ins Superwahl-Jahr 2026. So kann es weiter gehen, auch für die Kommunalwahl im Herbst in Niedersachsen, die der Mittelpunkt unserer Klausurtagung war.

Nein zum Haushalt 2026 – Die Grüne Ratsfraktion Zetel bezieht Stellung

Zetel ist eine Gemeinde, in der es sich gut leben lässt. In finanzieller Hinsicht stehen andere Gemeinden schlechter da. Also alles in Butter? Keineswegs, so die Grüne Ratsfraktion in Zetel: Sie nennt Gründe, die sie zur Ablehnung des Haushaltes 26 in der Ratssitzung am 19.02.2026 veranlasst hat:

Jahrelang wurde mit Bürgerbeteiligung ein staatlich gefördertes Klimaschutzkonzept entwickelt. Als es in die Umsetzung gehen sollte, mit einer/einem versierten Klimaschutzmanager/in, drückte man auf die Kostenbremse. Der Grünen-Antrag auf Einstellung einer Klimamanagerin oder eines Kli-

managers wurde mehrheitlich abgelehnt.

Dieser Haushalt trägt mitunter die Handschrift vergangener Jahre: Der trotz Grünen-Warnung angestrebte Logistikpark belastet den Haushalt wegen hoher Investitionen, die die Gemeinde zu leisten hat „falls es denn mal losgeht“, so durch den Bau einer Druckrohrleitung von Ellens bis zur Kläranlage. Außerdem belasten Außenstände im hohen sechsstelligen Bereich den Gemeindehaushalt. Das ganze Unterfangen ist bisher ein ökonomisches wie ökologisches Desaster, werden doch auf dem Plangebiet immer wieder „seltsame Erden verklappt“.

Dabei braucht die Gemeinde Zetel das Geld: Ihr Ergebnishaushalt ergab ein Defizit von ca. 1,1 Millionen €, dass mittels rein buchhalterischer Rücklage ausgeglichen ist: Es droht kein Haushaltssicherungskonzept. Aber die vielen, teilweise in die Jahre gekommenen Gebäude müssen unterhalten, manche sogar saniert werden. Wassereinbrüche in der Grundschule Neuenburg und im Veerens-Hus machen das Dilemma mehr als deutlich. Es muss viel geschehen, schnell und in der Regel: teuer!

Etliche Anschaffungen, meist technisches Gerät, wurden nicht so in den Fachausschüssen und Arbeitskreisen vorberaten, wie man es sich ansonsten

gewohnt war. Mancher Mähroboter oder Aufsitzmäher, die Kosten dafür summieren sich auf, wäre durchaus diskutabel gewesen. Es war nicht gewollt.

Der nun anvisierte Kunstrasenplatz im Eschstadion bringt das Fass zum Überlaufen: Auch er hat es ohne Vorberatung im Fachausschuss, ohne Alternativen, ohne Kostenaufstellung in den Haushalt geschafft. Urplötzlich drängte die Zeit: Über 1 Million Kosten, davon gut die Hälfte VIELLEICHT gefördert, auch Steuergeld, dazu 100.000 € jährliche Pflegekosten und Abschreibungen – und in 10 -15 Jahren steht eine Sanierung an, die dann wiederum mit mindestens 150.000 € zu Buche schlägt.

Zudem auch ökologisch fragwürdig: Stichwort Mikroplastik, Stichwort Versiegelung, Stichwort Zersetzung und Alterung durch UV-Bestrahlung. Dazu keineswegs ganzjährig beispielbar, siehe bspw. diesen Winter.

Diesem Haushalt fehlt wie beschrieben, trotz seiner finanziell ausgeglichenheit, die Balance. Deshalb haben wir im Gegensatz zu den anderen Fraktionen diesmal Nein gesagt!



Startup:Zeit – Wenn Gründer:innen direkten Draht in die Landespolitik bekommen

Mit einem neuen Dialogformat will Landtagsabgeordnete Sina Beckmann Innovationshürden abbauen, Startups vernetzen und die ländlichen Räume stärken. Erste Beispiele zeigen, welches Potenzial in der Region und ganz Niedersachsen steckt.

Ein Videocall am frühen Abend: Auf dem Bildschirm erscheint ein Gründerteam mit einer marktreifen Technologie. Ihre Idee: eine KI-Plattform, die Verwaltungen und Unternehmen entlastet. Bürgeranfragen werden automatisiert beantwortet, Routineprozesse übernommen, Sprachbarrieren überwunden. Die Technik funktioniert – doch schnell tauchen Fragen auf: Welche Förderprogramme sind realistisch? Welche politischen Rahmenbedingungen gelten? Und wie kommt man schneller ins Netzwerk?

Genau hier setzt ein neues Format an, das Sina Beckmann, Landtagsabgeordnete aus Jever und Sprecherin für Startups, Innovation und Künstliche Intelligenz im Niedersächsischen Landtag, gestartet hat: Startup:Zeit.

„Wir reden politisch viel über Innovationsstrategien und Gründerkultur“, sagt Beckmann. „Aber entscheidend ist doch: Kommt das wirklich bei den Gründerinnen und Gründern an?“ Startup:Zeit ist bewusst niedrigschwellig angelegt – kein Antrag, kein Förderformular, sondern ein persönliches Online-Gespräch. Ziel ist Orientierung im komplexen Förder- und Startup-Ökosystem, das Einordnen politischer Rahmenbedingungen und das Aufzeigen konkreter nächster Schritte. Gleichzeitig erhält die Politik direkte Rückmeldungen aus der Praxis. „Wenn wir innovationsfähig bleiben wollen, müssen wir wissen, wo Prozesse haken.“

Ein erstes Beispiel ist ein Startup, das eine sogenannte Intranet-KI entwickelt. Anders als offene Systeme greift sie ausschließlich auf interne Daten zu. Dadurch werden fehlerhafte Antworten („Halluzinationen“) reduziert, sensible Daten bleiben geschützt. Einsatzmöglichkeiten sind etwa automatisierte Bürgerkommunikation, telefonische Auskunftssysteme, Übersetzungsfunktionen oder internes Wissensmanagement. Über Startup:Zeit entstand neben politischer Einordnung auch konkrete Vernetzung: Beckmann stellte den Kontakt zu einem niedersächsischen Netzwerkunternehmen her, das die Technologie in den Mittelstand bringen kann.

Ein anderes Gründerteam verfolgt einen sozialen Ansatz: Eine Plattform bringt Menschen für gemeinsame Aktivitäten zusammen und soll Einsamkeit reduzieren sowie Integration fördern. Die Herausforderung liegt hier vor allem in der frühen Finanzierung. Beckmann verwies auf Programme der NBank, darunter das Beteiligungsprogramm NSeed, und empfahl die Teilnahme an einem Accelerator-

Programm zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells. „Startups mit gesellschaftlichem Mehrwert schaffen Innovation, Arbeitsplätze und sozialen Zusammenhalt.“

Auch DeepTech-Gründungen suchen den Austausch. Ein niedersächsisches Startup im Bereich Quanten- und Lasertechnologie braucht vor allem strategische Vernetzung – etwa mit Industriepartnern, Forschungsclustern und Investoren. „Solche Unternehmen zeigen, welches wissenschaftliche Potenzial wir in Niedersachsen haben“, sagt Beckmann. „Aber sie brauchen ein starkes Ökosystem.“

Dabei geht es ausdrücklich nicht nur um die großen Städte. Niedersachsen verfügt zwar über starke Hochschulstandorte wie Hannover, Braunschweig oder Oldenburg. Doch Innovation entsteht auch in ländlichen Regionen – etwa in Energieprojekten, Agrarinnovation oder der maritimen Wirtschaft. Gerade dort sind Wege zu Netzwerken und Investoren oft länger. „Ich möchte ausdrücklich auch Gründerinnen und Gründer aus Friesland und

Umgebung ermutigen, sich zu melden“, so Beckmann. „Wer eine Idee hat oder an strukturelle Grenzen stößt, soll wissen: Es gibt einen direkten Draht in die Landespolitik.“

Die wirtschaftspolitische Dimension ist klar: Niedersachsen steht im Wettbewerb um Talente, Kapital und Innovation. Bürokratische Hürden oder lange Verfahren können Gründungen ausbremsen. Formate wie Startup:Zeit ersetzen keine Förderprogramme – sie können Prozesse beschleunigen, Missverständnisse klären und Netzwerke aktivieren.

Für Friesland und die Küstenregion bedeutet das: Wer eine Geschäftsidee entwickelt, ein technologisches Produkt skaliert oder gesellschaftliche Innovation vorantreibt, findet mit Startup:Zeit ein offenes Ohr. „Zukunft entsteht im Gespräch“, sagt Beckmann. „Und gute Politik beginnt mit Zuhören.“ Gründerinnen und Gründer aus Niedersachsen können sich direkt bei ihr melden (sina.beckmann@lt.niedersachsen.de) und einen Termin vereinbaren.

STARTUP:ZEIT
für Niedersachsen

EINFACH
MACHEN

**Buche Deinen
1:1 Online-Call**

Sina Beckmann

Klausurtagung der Mehrheitsgruppe: Gesundheitsversorgung in Friesland weiterdenken

Auf unserer zweitägigen Klausurtagung der Mehrheitsgruppe im Kreistag Friesland haben wir uns intensiv mit einer der wichtigsten Zukunftsfragen für unseren Landkreis beschäftigt: Wie sichern wir auch in den kommenden Jahren eine gute, verlässliche und wohnortnahe Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Friesland?

Für uns als Grüne Kreistagsfraktion ist klar: Gesundheitspolitik darf nicht nur reagieren, wenn es brennt. Sie muss vorausschauend, nachhaltig und gemeinsam gestaltet werden. Denn die Herausforderungen sind groß: Fachkräftemangel, steigende Kosten, bundesweite Krankenhausreformen und die Frage, wie medizinische Versorgung im ländlichen Raum dauerhaft erreichbar bleibt.

Gerade deshalb braucht es vor Ort tragfähige Lösungen – mit Verantwortung und Augenmaß.

Gesundheitszentrum Varel: der nächste Schritt steht bevor

Begonnen haben wir die Klausurtagung mit der Beratung zum aktuellen Stand des geplanten Gesundheitszentrum Varel. Hier geht es darum, den Standort des St.-Johannes-Hospitals langfristig weiterzuentwickeln und die ambulante Versorgung im Südkreis stabil abzusichern. Hierzu haben sowohl die Geschäftsführung der Frieslandkliniken, als auch Vertreter der Projektgesellschaft (Stadt Varel, Mediplan und Ärzte) gehört. Gemeinsam wird daran gearbeitet, unsere bisherigen Kreistagsbeschlüsse umzusetzen.

Aus Sicht der Kreistagsgrünen zählen dabei vor allem medizinische Qualität, regionale Kooperation und langfristige Perspektiven. Dieser Prozess braucht Sorgfalt, klare Zuständigkeiten und Verlässlichkeit.

Die Verhandlungen sind aktuell im Fluss und es gibt Hoffnung, einen Übergang vielleicht schon zur Jahresmitte realisieren zu können.

Zentralklinikum Friesland-Wilhelmshaven: Zusammenarbeit auf Augenhöhe statt Kirchturmdenken

Ein weiterer zentraler Punkt war die Zukunft der stationären Krankenhausversorgung in Friesland und Wilhelmshaven. Aufbauend auf den Beschlüssen vom Juli 2025 wird die Planung eines gemeinsamen Zentralklinikums weiter vorangetrieben.

Die bisherigen Standorte in Varel, Sanderbusch und Wilhelmshaven sollen langfristig in einem Neubau gebündelt werden, um Qualität und Versorgung dauerhaft zu sichern.

Für uns Grüne gilt dabei: Ein neues Gebäude



macht noch keine gute Versorgung.

Entscheidend ist ein starkes regionales Netzwerk aus:

- stationärer Versorgung
- ambulanten Angeboten
- Prävention und Gesundheitsförderung
- spezialisierten Leistungen

und vor allem gute Erreichbarkeit für alle Menschen in der Region

Ebenso wichtig: Die Interessen der Beschäftigten müssen konsequent mitgedacht und der Betriebsrat im Entwicklungsprozess beteiligt werden. Gute Gesundheitsversorgung funktioniert nur mit motivierten Fachkräften und guten Arbeitsbedingungen.

Die Klausurtagung hat noch einmal deutlich gemacht: Die Rahmenbedingungen für den Klinikbetrieb haben sich in den vergangenen Jahren stark

verändert. Zentralisierung, Spezialisierung und Ambulantisierung sind von Bund und Land gewünscht. Darauf müssen wir reagieren. Ein „alles soll so bleiben, wie es ist“ funktioniert nicht.

Unser grüner Anspruch: **Gesundheit ist Gemeinwohl.**

Wir sind uns mit unseren Gruppenpartnern einig: Gesundheitsversorgung darf kein Spielfeld für parteipolitische Profilierung sein. Es geht um einen klaren Gemeinwohlauftrag – und um Verantwortung für die Menschen in Friesland und Wilhelmshaven, von der Geburt bis ins hohe Alter.

Mit diesem Fokus führen wir die Gespräche konstruktiv fort – zum Zentralklinikum und zum Gesundheitszentrum Varel.

Denn gute Versorgung ist keine Frage des Zufalls – sondern eine Frage gemeinsamer Verantwortung.



Zetel von Bernd Janssen

Grüne Ratsarbeit in Zetel – eine Rückschau

Die Grüne Ratsfraktion in Zetel stellt 3 von 28 Mandatsträgern. Ohne Gruppenbildung im Rat ging es für uns in der jetzt auslaufenden Ratsperiode oft gegen den „Rest der Welt“! Aber, viele unserer Ansichten und Anträge fanden den Weg in die Köpfe und Herzen auch der KollegInnen der anderen Fraktionen.

Punkten konnten wir u.a. mit unserer Forderung, die Aufenthaltsqualität in den Zentren (Zetel u. Neuenburg) zu verbessern; Plätze, begrünt und beschattet, zum Verweilen herzurichten.

Auch für den Antrag auf eine „Grüne“ Beschattung eines Spielplatzes gab's eine Mehrheit. Auf unseren Antrag hin ist die Gemeinde der Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“ beige-

treten und beteiligt sich erfolgreich an dem Projekt „Digitale Dörfer“, jetzt „Stadt Land Funk“.

Zurückzuführen auf einen älteren Antrag aus unserer Mitte kam es in Zetel in 2024 final zur Verabschiedung eines Klimaschutzkonzeptes. Wermutstropfen dabei: Für die Einstellung eines hauptamtlichen Klimaschutzmanagers – wie von uns gefordert – gab es keine Mehrheit.

Auf unseren Antrag hin ist der Wohnmobilstellplatz in unserer Ortsmitte jetzt – moderat, und wie in der Nachbarschaft seit langem Praxis – gebührenpflichtig.

Der Städtebauliche- und Erschließungsvertrag zu Zetels „Mammutprojekt“, dem sog. Autohof an der

A29, unterliegt nach mehrmaligen Anläufen von uns jetzt endlich einer juristischen Überprüfung.

Es gebe weitere Anträge – auch erfolgreiche – aufzuzählen. Wie eingangs erwähnt, leider auch verbunden mit mehrheitlicher Ablehnung.

Gut und aus unserer Sicht erfolgreich war unsere Beteiligung an verschiedenen aus allen Fraktionen zu einzelnen Arbeitsfeldern gebildeten Arbeitskreisen, wie z.B. zum Thema „Städtebauliche Sanierung Neuenburg“.

Rückblickend im Verhältnis zur Fraktionsstärke: eine grüne Erfolgsstory!



Wangerooge von Peter Kuchenbuch-Hanken

Küstenschutz auf Wangerooge – Deckwerkserneuerung im Schneckentempo

Der Grüne Bundestagsabgeordnete Dr. Alaa Alhamwi (MdB/Bündnis90/Die Grünen) hat am Sonntag, den 18.01.2026 auf Einladung des Wangerooger Grünen Ratsherren Peter Kuchenbuch-Hanken die Insel Wangerooge besucht, um sich dort über den Fortschritt, von den vom Bund durchgeführten Arbeiten am Deckwerk im Westen der Insel, und weiteren Küstenschutzeinrichtungen im Osten der Insel, zu informieren.

Begleitet wurde der Besuch von der Wangerooger Verwaltung durch Bürgermeisterin Tina Mißmahl und Kurdirektorin Rieka Beewen.

Zur Zeit steht noch aus, ob die Deckwerksarbeiten im Westen der Insel Wangerooge im Jahr 2026 fortgeführt werden.

Ursprünglich sollte mit der Erneuerung des Deckwerks im Westen im Jahr 2016 begonnen werden, doch da gab es schon die erste Baupause. 2017

wurde gebaut, 2018, 2019 und 2020 waren Baupausen. 2021 wurde gebaut, 2022 und 2023 waren Baupausen. 2024 wurde gebaut, 2025 war wieder eine Baupause.

Ursprünglich sollten die Baumaßnahmen am Deckwerk schon 2019 abgeschlossen sein!

Bislang ist erst die Strecke vom Westkopf bis zum Neuen Leuchtturm fertiggestellt worden. Zwei große Abschnitte, vom Neuen Leuchtturm bis Saline und vom Westkopf bis zum Westturm fehlen noch!

Das alte Deckwerk ist sehr marode, was sich immer wieder zeigt, wenn schon leichte Sturmfluten, wie zuletzt im Herbst/Winter 2023, große Schäden am Deckwerk hinterlassen, die dann mit Kosten in Millionenhöhe notdürftig repariert werden müssen.

Insgesamt sind die Kosten von geplant in Höhe von 45 Mio Euro (2015) auf 127 Mio Euro (2024) ge-

stiegen.

Da aber eine Ende der Bauzeit nicht abzusehen ist, kann man noch von deutlich höheren Kosten ausgehen!

Dr. Alaa Alhamwi hat den Grünen Wangeroogern und Vertretern der Gemeinde- und Kurverwaltung versprochen, dass er, sobald er wieder in Berlin ist, sich für eine rasche Fortsetzung der Bauarbeiten am Deckwerk im Westen der Insel Wangerooge verwenden wird!

Hierbei erhält er zudem die Unterstützung von der grünen Landtagsabgeordneten Sina Beckmann (MdL/Bündnis90/Die Grünen), die an diesem Wochenende leider nicht nach Wangerooge kommen konnte!



Jever von Oliver de Neidels

Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2026 in Jever gestartet

Mit einem ersten Planungstreffen haben die Grünen in Jever die Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2026 begonnen. Am 17. Februar traf sich die Kommunalwahlplanungsgruppe im Coastworking in Jever, um zentrale Leitlinien für den kommenden Wahlkampf zu diskutieren.

Ein wichtiger Ausgangspunkt der Überlegungen: Kommunalwahlen werden nur teilweise von bundespolitischen Trends bestimmt. Mindestens ebenso entscheidend sind die Menschen vor Ort und die Themen der Stadt. Entsprechend soll der Schwerpunkt im Wahlkampf auf den Kandidierenden und auf konkreten Ideen für Jever liegen.

Dafür wollen die Grünen einige prägnante Themen herausarbeiten, die für die Stadtentwicklung besonders relevant sind. Dazu gehören unter anderem Fragen rund um den Alten Markt, die Situation bei Grundschulen und Kitas, Radverkehr, Leerstände in der Innenstadt oder der Tourismus. Gleichzeitig wurde betont, dass sich die Politik nicht nur auf klassische „grüne“ Themen beschränken darf. Ziel ist es, die ganze Bandbreite kommunaler Politik in den Blick zu nehmen.

Neben neuen Ideen spielt auch die Bilanz der vergangenen Jahre eine Rolle. Aus Sicht der Grünen steht Jever heute in vielen Bereichen gut da – nicht zuletzt durch Entscheidungen, die im Rat gemeinsam getroffen wurden und an denen auch die Grünen beteiligt waren.

Ein weiterer Schwerpunkt des Treffens war die Frage, wie der Kontakt zu den Menschen in der Stadt gestärkt werden kann. Der Wahlkampf soll vor allem vom direkten Austausch leben: durch Gespräche auf Veranstaltungen, bei Infoständen, auf Stadtpaziergängen oder bei Besuchen von Vereinen und Unternehmen. Ziel ist es, möglichst viele Menschen in Jever persönlich zu erreichen und ihre Anliegen aufzunehmen.

Die Planungen werden in den kommenden Monaten weiter konkretisiert. Dabei geht es unter anderem um Themen, Veranstaltungen und Kommunikationsformate, mit denen die Grünen ihre Vorstellungen für die Zukunft der Stadt vorstellen möchten.

GRÜNES FRIESLAND

- **Grünes Friesland** ist eine Zeitschrift für die Mitglieder im Kreisverband Friesland
- Erscheint vier Mal im Jahr (März, Juni, September, Dezember)
- Kostenlos für alle Mitglieder
- Wird klimaneutral gedruckt
- Auflage: 200 Stück
- 9 Autor*innen

Redaktion

OLIVER DE NEIDELS
KIM HÜSING
INGA DE NEIDELS

✉ redaktion@sina-beckmann-gruene.de



Grünes Friesland zum Download

Politik mit Herzblut: Oliver de Neidels in „Politik aufs Ohr“ über Bildung, Beteiligung und die Zukunft von Jever

In der aktuellen Folge des Podcasts „Politik aufs Ohr“ spricht Podcast-Moderatorin und Landtagsabgeordnete Sina Beckmann mit einem Mann, der Kommunalpolitik nicht als Pflicht, sondern als Leidenschaft versteht: Oliver de Neidels, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat von Jever, Vorsitzender des Schulausschusses, Unternehmer, Familienvater und begeisterter Fußballer. Während auf internationaler Bühne über Handelsabkommen, geopolitische Spannungen und wirtschaftliche Unsicherheiten diskutiert wird, richtet die Podcastfolge den Fokus bewusst auf das, was direkt vor der Haustür passiert: kommunale Verantwortung.

Warum Kommunalpolitik? Weil sie wirkt. Oliver de Neidels beschreibt seinen Weg in die Politik als konsequente Entscheidung aus Engagement heraus. Wer mitgestalten wolle, müsse Verantwortung übernehmen. Gerade auf kommunaler Ebene sei Politik konkret, sichtbar und unmittelbar erfahrbar. Ob Verkehrsführung, Schulentwicklung oder Stadtgestaltung – Entscheidungen des Stadtrats prägen den Alltag der Menschen direkt. Genau das macht für ihn den Reiz aus: „Hier sieht man, was man bewegt.“ Mit Blick auf die Kommunalwahl am 13. September 2026 geht es daher nicht nur um Mandate, sondern um die Frage, wie sich Jever in den kommenden Jahren weiterentwickeln soll.

Grüne Erfolge vor Ort, da gibt es einiges zu erzählen. Im Gespräch wird deutlich, dass die grüne Handschrift in Jever sichtbar ist. Mehrere Projekte tragen zur nachhaltigen und modernen Stadtentwicklung bei:

- Pop-Up-Möbel in der Innenstadt schaffen Aufenthaltsqualität und laden zum Verweilen ein.
- Fahrrad-Piktogramme auf den Straßen stärken die Sichtbarkeit des Radverkehrs und erhöhen die Sicherheit.
- Online-Streaming der Ratssitzungen sorgt für mehr Transparenz und demokratische Teilhabe.

- Förderprogramme für PV-Balkonkraftwerke unterstützen Bürgerinnen und Bürger bei der Energiewende im Kleinen.

Ein zentrales Thema der Folge ist die Debatte um den Ganztagsausbau an der Grundschule Cleverns. Ab 2026 gilt bundesweit ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter. Für Kommunen bedeutet das erhebliche organisatorische und finanzielle Herausforderungen. Die Grünen in Jever stehen klar hinter dem Ausbau. Sie haben dafür gesorgt, dass entsprechende Mittel im Haushalt eingeplant wurden. Für Oliver de Neidels als Schulausschussvorsitzenden ist klar: Verlässliche Betreuung ist nicht nur eine Frage der Vereinbarkeit

Neben Bildung steht auch die wirtschaftliche Entwicklung Jevers im Mittelpunkt. Hier formuliert Sina Beckmann ihre Schwerpunkte für die kommende Legislaturperiode:

- Enge und konstruktive Zusammenarbeit mit der Brauerei als wichtiger Wirtschaftsfaktor
- Stärkung von Innenstadt, Tourismus und lokaler Wirtschaft
- „Jever digital“ – moderne Ausschussarbeit und der Einsatz digitaler Instrumente bis hin zu KI-Unterstützung in Verwaltungsprozessen

Kommunalpolitik, so wird im Gespräch deutlich, ist oft nicht die große Bühne, sondern tägliche, engagierte Arbeit – meist ehrenamtlich. Sie lebt vom Einsatz vieler Menschen, die Verantwortung übernehmen. Das ist den beiden ein großes Dankeschön wert. Außerdem rufen sie im Podcast dazu auf, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Wer mag, meldet sich einfach bei den Grünen in Jever oder kommt mal ganz zwanglos zum Stammtisch, der jeden zweiten Mittwochabend im Monat im Parkhotel Jever stattfindet.

Zum Abschluss wird es traditionell plattdeutsch: „Politik maakt Spaaß! Aber dat is ok wirklich Arbeit, as jeder Ehrenamt.“ Diese Folge von „Politik aufs Ohr“ zeigt eindrucksvoll, dass Demokratie vor Ort beginnt. Sie lebt von Menschen wie Oliver de Neidels und vielen weiteren Kommunalpolitikerinnen und Politikern, die sich mit Herzblut einbringen – für gute Bildung, nachhaltige Stadtentwicklung und eine lebenswerte Zukunft für alle Generationen in Jever und Friesland.



Link zur Folge

Wahlkreisbüro Sina Beckmann



Alter Markt 10, 26441 Jever



moin@sina-beckmann-gruene.de



Bürozeiten
nach Vereinbarung



GRÜNES FRIESLAND

Grünes Friesland ist eine Zeitschrift für den Kreisverband Friesland.

Verantwortlich für den Inhalt:

Sina Beckmann, Alter Markt 10, 26441 Jever

Diese Zeitschrift wurde klimaneutral gedruckt.

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 15. JUNI



GRÜNES FRIESLAND